

KoBra Brasilicum

Ausgabe 236 | März 2015

Brasilicum ISSN 2199-7594

Hoch die internationale ...
Über die Notwendigkeit, Solidarität neu zu denken



„Entwicklung“ und internationale
Solidarität in einer postkolonialen Welt

Daniel Bendix und Aram Ziai

Solidarität? Vergessen Sie's

Tobias Schmitt

Internationale Solidarität und die Bewegung
der Staudambetroffenen Brasiliens

MAB

Zwischen Existenznot und kreativem
Potenzial

Luiza Cilente und Livia Duarte

Nicht immer gleich alles besser wissen ...

Sarah Lempp

Warum Kritik an der Hilfe nötig ist

Thomas Gebauer

Solidarität ist politische Unterstützung -
nicht Mildtätigkeit!

Fabian Kern

Brasiliens Engagement in Afrika

Igor Birindiba Batista

Rezension - Die Brückenbauerin

Fabian Kern

KoBra-Kooperation Brasilien e.V.

ist ein **Netzwerk** an der Schnittstelle von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Akteur*innen der sozialen Bewegungen im deutschsprachigen Raum und Brasilien, wissenschaftlicher Organisationen und interessierter Öffentlichkeit.

Unser Ziel ist es, soziale Bewegungen in ihrem Engagement für eine gerechtere und nachhaltigere Welt zu stärken. Dabei verdeutlicht KoBra globale Zusammenhänge im brasilianischen Kontext.

Konkret heißt das:

Wir bieten ein **kritisches Austauschforum** für unsere Mitglieder und intensivieren den Dialog zwischen Organisationen im deutschsprachigen Raum und Brasilien.

Jährlich organisieren wir den **Runden Tisches Brasilien**, die größte Fachtagung zu Brasilien im deutschsprachigen Raum.

Die **Frühjahrstagung** ist Ort der Diskussion, Begegnung und Planung neuer Projekte.

Unsere Publikation **Brasilicum** berichtet über Politik, Soziales, Wirtschaft und Umwelt und bietet Hintergrundanalysen.

Die **Website www.kooperation-brasilien.org** informiert über unsere Schwerpunkte, Seminare, Veranstaltungen und vieles mehr. Außerdem haben unsere Mitglieder Raum, sich dort zu präsentieren.

Über unseren **Eilaktionsverteiler** verbreiten wir Aktionen zu Brasilien und versenden alle zwei Monate den **KoBra-Newsletter**.

Unterstützen Sie KoBra durch eine Mitgliedschaft oder ein Abonnement der Quartalszeitschrift Brasilicum!



Außerdem erhältlich:



Brasilicum #233/234 | April 2014
Wie der Fußball Brasilien mit Füßen tritt



Brasilicum #235 | Oktober 2014 - *Abschied vom Wachstumszwang*

Nächste Ausgabe:

Brasilicum #237
Juni 2015
Brasilianische Umwelt- und Klimapolitik

Gefördert durch:

Brot für die Welt
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst

Herausgeberin KoBra - Kooperation Brasilien e.V.

V.i.S.d.P. Fabian Kern

Brasilicum ISSN 2199-7594

Redaktion Igor Birindiba Batista, Dieter Gawora, Uta Grunert, Swen Kausemann, Fabian Kern, Tobias Schmitt, Peter Zorn.

Übersetzungen Tina Kleiber und Swen Kausemann.

Druck/Design gedruckt auf Recycling Papier, Druckwerkstatt im Grün, Freiburg. Designkonzept: rainerjooss@hotmail.com,

Layout Scribus, OpenSource Software unter GNU Lizenz: Fabiana Cenzi-Filder.

Titelbild Solidaritätsdemonstration in Freiburg, 2013. Foto: Fabian Kern | **Rückseite** Alexandre Cappi Instituto Acqua Brasil <http://institutoaquabrasil.org.br>.

Bezug/Kontakt KoBra - Kooperation Brasilien e.V., c/o iz3w, Kronenstraße 16a, 79100 Freiburg

Telefon 0049 (0)761 600 69-26 | Mail: info@kooperation-brasilien.org | www.kooperation-brasilien.org

Die in den Artikeln geäußerten Standpunkte spiegeln die Meinung der Autor*innen wider und sind nicht zwangsläufig mit den Standpunkten der Redaktion identisch.

Unsere Zeitschrift Brasilicum erscheint dreimal jährlich (eine Doppelausgabe) zu wechselnden Themenschwerpunkten. Sie können das Brasilicum im Jahresabonnement bestellen und erhalten damit nicht nur aktuelle Hintergrundinformationen zu Brasilien, sondern unterstützen auch die Arbeit von KoBra. Gedruckt: 20€ (Inland); PDF: 16€.

Editorial

Vor einem Jahr haben wir ein Brasilicum zur *Nunca mais!* - Bewegung als Antwort auf den 50 Jahre zurückliegenden Beginn der Militärdiktatur in Brasilien herausgegeben. In dieser repressiven Ära erlebten Verfolgte und Unterdrückte aus Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern Unterstützung von einer Bewegung der Internationalen Solidarität, unter anderem in Deutschland. Einige entwicklungspolitische Organisationen hier unterstützen bis heute ein Netz von Partner*innen aus jener Zeit in Brasilien und führen den gemeinsamen Kampf für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte fort.

Auf der Frühjahrstagung 2014 nahm die Idee für dieses Heft ihren Anfang. In der Diskussion mit einer Solidaritätsgruppe über ihre geschichtliche Entwicklung und Zukunftsperspektive wurde deutlich, dass unter postkolonialen Gesichtspunkten manche Aspekte der Solidaritätsarbeit hinterfragt werden könnten. Das Thema konnte damals nicht vertieft werden, es ist aber auch nicht verschwunden.

Es gibt zahlreiche Projekte in Brasilien, die aus dem Wunsch entstanden sind, mit praktischer Hilfe Not zu lindern. Beispielhaft steht dafür das Projekt *Monte Azul*, wo das Engagement einer Europäerin und europäische Spendengelder zu realen Veränderungen in einer Favela beigetragen haben, ohne dabei die realen Machtverhältnisse permanent zu kritisieren. Ist es deshalb abzulehnen? Und wie ist es einzuschätzen?

Die Bewegung der von Staudambauten Betroffenen hält ein Plädoyer für internationale Solidarität. Sie weist darauf hin, wie wichtig diese für ihre Arbeit war und ist. Neben der Stärkung ihrer Arbeit erwuchs aus dieser empfangenen Solidarität die Möglichkeit, internationale Zusammenarbeit in größerem Umfang zu organisieren. Ähnlich wie viele Projekte hier, hat die Nachrichtenagentur *Pulsar* mit Finanzierungsengpässen und Existenznot zu kämpfen. Mit internationaler – auch finanzieller – Unterstützung gegründet, müssen jetzt Antworten gefunden werden, um aus Abhängigkeiten zu entkommen, ohne dadurch das kritische Arbeiten gegen vorherrschende Wirtschafts- und Politikmodelle zu gefährden oder sich von der Bürokratie erdrücken zu lassen.

KoBra begleitet als Netzwerk der Brasilien-solidarität keine eigenen Projekte in Brasilien. Stattdessen sehen wir es als Aufgabe des Netzwerks, über Informations-, Vernetzungs- und Kampagnenarbeit die Anliegen der sozialen Bewegungen in Brasilien von hier aus zu unterstützen. Auch diese Aussage kann man kritisch hinterfragen. Inwiefern ist dieser solidarische Ansatz aus postkolonialer Sicht in Gefahr, paternalistisch daher zu kommen?

Eine Auseinandersetzung mit dem internationalen Solidaritätsbegriff aus postkolonialer Sicht stellt bisherige Standpunkte in Frage. Sie verweist deutlich auf Verantwortung für politische Veränderungen, die wir hier bei uns suchen und wahrnehmen müssen. Es geht nicht primär darum, zu helfen oder Expertenwissen zu verbreiten, sondern globale Kämpfe weltumspannt zu begleiten und voranzutreiben.

Die mexikanischen Zapatistas gehen kritisch und reflektiert mit internationaler Solidarität um. Ein Selbstbewusstsein, das hier positiv aufgenommen wurde und zu einer Neupositionierung der eigenen Rolle beigetragen hat.

Das entwicklungspolitische Engagement der brasilianischen Regierung in afrikanischen Ländern läuft offiziell ebenfalls unter dem Begriff „Internationale Solidarität“ - der Export eines fragwürdigen Entwicklungsmodells im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation muss kritisch beleuchtet werden.

Schon allein dieser kurze Überblick macht deutlich, dass es sich durchaus lohnen kann, Solidarität (neu) zu diskutieren.

Dabei kann es für jede*n einzelne*n, der*die innerhalb des KoBra-Netzwerkes organisiert ist, spannend sein, Reflexionen über den Solidaritätsbegriff anzustellen und gemeinsam zu versuchen, Rückschlüsse für die eigene Arbeit daraus zu ziehen. Wir werden auch auf der Frühjahrstagung vom 17.-19. April 2015 in Niederkaufungen kein immer gültiges Rezept für Solidarität finden, aber unsere Rollen und Beziehungen neu justieren. Wir laden herzlich dazu ein, mitzudiskutieren. .

die Redaktion



KoBra beschäftigt sich angesichts des gesellschaftlichen Wandels der letzten Jahre in Brasilien dieses Jahr mit dem Thema „Solidarität in Zeiten von Postdevelopment“. In diesem Beitrag geht es um eine kurze Problemskizze dessen, was unseres Erachtens bei Diskussionen um Solidarität im Nord-Süd-Kontext in Anbetracht postkolonialer Machtverhältnisse und herrschender Vorstellungen von „Entwicklung“ beachtet werden sollte.

„Entwicklung“ und internationale Solidarität in einer postkolonialen Welt

von Daniel Bendix und Aram Ziai*

(Post)Kolonialismus

Auch wenn der deutsche Kolonialismus gerne gänzlich vergessen oder als kurz und marginal bezeichnet wird, waren Deutsche von Anbeginn der 500-jährigen Geschichte der Eroberung und Beherrschung des Globalen Südens durch europäische Gesellschaften dabei: „Tausende Deutsche beteiligten sich als Abenteurer, Söldner, Händler, Wissenschaftler, Ausbeuter oder Übersetzer an der Eroberung und Kolonisierung der ‚Neuen Welt‘.“¹ Das Jahr 1492 stellt sich rückblickend als der konstitutive Moment des europäischen Kolonialismus dar, in dessen Folge 84 Prozent der Welt formell unter europäische Herrschaft gebracht wurden. Der Prozess der Kolonisierung kann aber nicht auf die Dimension der territorialen Expansion und der militärischen und politischen Herrschaft reduziert werden. Auf der kulturellen Ebene und der der Wissensproduktion ist er ebenso wirkmächtig, wenn nicht auf lange Sicht gesehen sogar wirkmächtiger. Neben der physischen Beherrschung von Raum sind da zu nennen: die Besetzung und Formung des Bewusstseins der Kolonisierten und Kolonisierenden (auch Kolonisierung des Geistes genannt); die Zerstörung und Transformation von Wissenssystemen sowie deren teilweise Ersetzung durch europäische; und die gewaltsame Integration in ein kapitalistisches System. Kolonialismus ist also ein Zusammenspiel zwischen physischer Herrschaft und Gewalt, Kontrolle über Raum und Ressourcen, sowie hegemonialen europäischen Diskursen,

die auf das Bewusstsein der Kolonialisierenden und Kolonisierten wirken. Auf diesem Verständnis von Kolonialismus aufbauend, geht eine postkoloniale Perspektive dem Fortwirken von Kolonialismus in herrschaftskritischer Absicht nach. Ihr Erkenntnisinteresse fragt nach Kontinuitäten und Parallelen zum Kolonialismus in der gegenwärtigen Welt, es geht ihr um die Infragestellung kolonialer Dominanz und des Erbes des Kolonialismus.

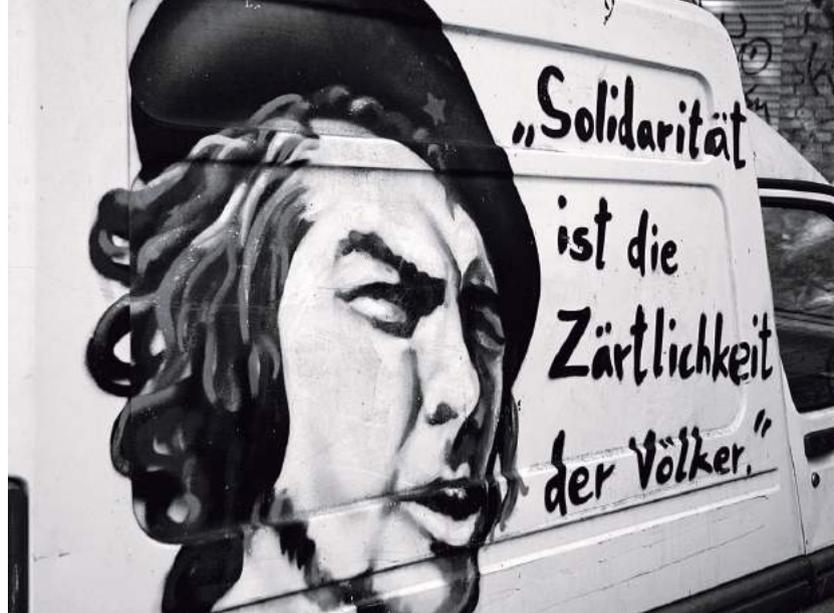
„Entwicklung“

Eine solche Perspektive wirft zahlreiche Fragen auf, wenn mit ihr der Komplex „Entwicklung“ betrachtet wird. In dem in der Zeit der Aufklärung und damit in der Hochphase europäischen Kolonialismus entstandenen Konzept von „Entwicklung“ – verstanden als Fortschritt – spielte insbesondere die Annahme eine Rolle, nach der wahre Menschlichkeit erst durch die Kontrolle von Natur und Menschen möglich sei. Als Kennzeichen von Menschlichkeit wurde eine in Europa verortete Rationalität gesehen, sodass Weiße sich als „Träger des Geistes“ in der Pflicht sahen, „den Rest der Welt zu humanisieren“.² Diesen Vorstellungen in Kombination mit der Tatsache europäischer Ausbeutung und Eroberung anderer Weltregionen entsprang die Annahme, dass Weiße die Aufgabe hätten, andere Gesellschaften zu „verbessern“. Die Zweiteilung der Welt in „entwickelte“ und „weniger entwickelte“ Länder bzw. Regionen innerhalb von Ländern wurde also aus dem Kolonialismus übernommen, die „Entwicklung der Unterentwickelten“ knüpfte direkt an die „Zivilisierung der Unzivilisierten“ an. Auf der Grundlage der Einordnung des Eigenen als ideale Norm werden dabei die Anderen als defizitäre Abweichung identifiziert und als eine historische Vorstufe dieser Norm klassifiziert. In diesem kolonialen Blick stehen die Überlegenheit des Eigenen und die Rückständigkeit des Anderen von Anfang an fest. Das heisst, andere Gesellschaften werden in dieser universalistischen Sichtweise nicht als gleichwertige Möglichkeiten der Organisation menschlichen Zusammenlebens gesehen. Die angesichts der normativen Komponente der gängigen Definition von „Entwicklung“ nahe liegende Frage, wer denn eigentlich definiert, was genau eine Verbesserung von Lebensbedingungen ist, führt zu der unweigerlichen Orientierung an den global tonangebenden, sich selbst als „ent-



Foto oben: Brasilianische Nationalflagge.

Foto rechts: Steffi Reichert / flickr.



wickelt“ verstehenden Gesellschaften des Nordens. Mit dieser Zweiteilung der Welt ist eine Fokussierung auf Probleme in armen Ländern und Bevölkerungsgruppen innerhalb von Ländern verbunden, für die den „entwickelten“, reichen Ländern bzw. Bevölkerungsgruppen eine Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird. Aller Nachhaltigkeitsrhetorik zum Trotz wird an dieser althergebrachten Problemkonstellation festgehalten, obwohl sich der Ressourcenverbrauch und die Konsummuster des Globalen Nordens längst als untragbar für den Planeten erwiesen haben. Sie sind nur aufrechtzuerhalten, solange sie einer exklusiven Minderheit (auch im Süden) vorbehalten bleiben, weshalb von einer oligarchischen oder imperialen Lebensweise gesprochen werden kann. Diese vornehmlich dem Globalen Norden vorbehaltene Lebensweise wird nicht als „Entwicklungsproblem“ in den Blick genommen.

Internationale Solidarität

Wie kann in einer vom kolonialen Erbe und daraus entstandenen Widersprüchen geprägten Welt internationale Solidarität – beispielsweise zwischen Menschen in Deutschland und in Brasilien – möglich sein? Eine Politik, die auf Emanzipation abzielt, sollte sich zunächst von dem Amöbenbegriff „Entwicklung“ verabschieden. Der Kampf um ein besseres Leben kann genauer und deutlicher mit anderen Begriffen geführt werden. Letztlich ist „Entwicklung“ meist ein Bedeutungsrahmen zur Erfassung und Erklärung von globaler Ungleichheit. Wir können dieselben Phänomene präziser in Begriffen wie Ausbeutung und Unterdrückung beschreiben. Und wir können aufhören, Lebensqualität mit der Summe von gekauften Waren gleichzusetzen, und uns an anderen Merkmalen einer guten Gesellschaft ori-

entieren: Gastfreundschaft und Friedfertigkeit statt Produktivität und Effizienz, ein Leben in Würde anstatt eines mit Privilegien auf Kosten anderer und der Natur, internationale und innergesellschaftliche Solidarität statt Paternalismus. Eine solche Perspektive ermöglicht auch, einzelne Länder mit ihrer innergesellschaftlichen Ungleichheit als Problem in den Blick zu nehmen und Kämpfe für ein gutes Leben als wirklich globale Auseinandersetzungen zu begreifen. Von internationaler Solidarität können wir erst dann sprechen, wenn es um eine Kritik an „asymmetrischer Globalisierung, ungleichen Machtverhältnissen, und Eliten aus Nord und Süd, die ihre eigenen Annahmen als universell aufzwingen“³ geht, um den Abbau epistemologischer (erkenntnistheoretischer, Anm. d. Red.) wie auch politökonomischer Ungleichheiten.

* Daniel Bendix und Aram Ziai sind Politikwissenschaftler an der Universität Kassel im Bereich Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien.

- 1 Friedrichsmeyer, Sara, Sara Lennox und Susanne Zantop (1998): Introduction. In: Dies. (Hg.) *The Imperialist Imagination. German Colonialism and its Legacy*. University of Michigan Press, S. 1-29, hier S. 8 (ÜdA).
- 2 Farr, Arnold (2005): Wie Weißsein sichtbar wird. Aufklärungsrassismus und die Struktur eines rassifizierten Bewusstseins. In: Eggers, Maureen Maisha et al. (Hg.): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. UnRast, S. 40-55, hier S. 49.
- 3 Andreotti, Vanessa (2006): *The Contributions of Postcolonial Theory to Development Education*. In: *Development Education Journal* 12 (3), S. 7-10, hier S. 6 (ÜdA).

Im Herbst 2010 organisierten wir an der Uni Innsbruck ein Treffen des Geographischen Arbeitskreises Entwicklungstheorien, um über neuere entwicklungstheoretische Ansätze – insbesondere Post-Development und postkoloniale Theorien – nachzudenken und zu diskutieren. Recht einig waren sich die Teilnehmer*innen dabei über die Kritik am Entwicklungsbegriff; nicht wirklich neu erschienen Fragen nach dem eurozentrischen Gehalt von Entwicklung, die Infragestellung der Vorstellung eines linearen Entwicklungsweges und die Kritik am Vorbildcharakter moderner, westlich-kapitalistischer Gesellschaften.

Solidarität? Vergessen Sie's Reflexionen über einen (un)strittigen Begriff

von Tobias Schmitt*

Doch als dann auch noch der Solidaritätsbegriff kritisiert und die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf Augenhöhe infrage gestellt wurde, war die Aufregung groß. Sollte nun auch noch der vermeintlich letzte positive Bezug einer inter- oder transnationalen Zusammenarbeit verabschiedet werden? War nicht Solidarität – jenseits der macht- und interessenverstrickten Entwicklungshilfe bzw. -zusammenarbeit – der unumstößliche Grund und die beste Motivation für ein internationalistisches Engagement?

Tatsächlich blickt der Begriff der Solidarität in seinem europäischen Gebrauch auf eine lange Geschichte zurück. Bereits im Römischen Recht bezeichnete das „*obligatio in solidum*“ die gemeinsame Haftung einer Rechtsgemeinschaft, was später auch in die französische Revolutionsverfassung Einzug fand. Doch das Motto „einer für alle und alle für einen“ galt dabei nicht uneingeschränkt. Frauen und Sklav*innen blieben zunächst ausgeschlossen. Im Zuge der Industrialisierung Europas und der damit verbundenen Kämpfe um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen spielte der Solidaritätsgedanke im Sinne des Einstehens für gemeinsame Interessen und der Etablierung eines gemeinsamen Kampfes der Arbeiter(*innen)klasse eine zentrale Rolle; zumeist auch über nationalstaatliche Grenzen hinaus. Nachdem die Versuche, eine internationale Solidarität der Arbeiter(*innen)klasse

parteipolitisch zu institutionalisieren (1.-3. Internationale) spätestens mit Beginn des Zweiten Weltkrieges gescheitert waren, gewann der Begriff der (internationalen) Solidarität erst wieder mit der Student*innenbewegung der 68er an Bedeutung – zumindest was den westdeutschen Kontext angeht. Die Solidarität richtete sich dabei vor allem auf die unterschiedlichen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt (die damals noch ohne Zusatz so bezeichnet wurde), ob in Algerien, Vietnam oder Nicaragua. Jedoch dienten die nationalen Befreiungsbewegungen immer auch als Identifikations- und Projektionsfläche. Da sich in der BRD keine revolutionären Veränderungen der bestehenden Verhältnisse abzeichneten, sollte die Revolution zunächst in den Ländern der „Dritten Welt“ erfolgen, sodass man selbst Teil einer weltumspannenden Veränderung sein konnte¹.

Auch wenn sich seitdem sowohl die internationalen geopolitischen Rahmenbedingungen als auch die Zusammensetzung der Solidaritätsbewegung grundlegend verändert haben, sind doch die ungleichen strukturellen Voraussetzungen und die Fallstricke für internationale Solidaritätsarbeit nach wie vor vorhanden. Somit macht es durchaus Sinn, den Solidaritätsbegriff und die mit ihm zusammenhängenden Logiken, Legitimationsmuster und Praktiken genauer in den Blick zu nehmen und einer kritischen Analyse zu unterziehen.

In ihrem viel beachteten und viel diskutierten Essay „*Can the subaltern speak?*“ kritisiert Gayatri Chakravorty Spivak (2008)² die Rolle von sogenannten Expert*innen (seien es Intellektuelle, Wissenschaftler*innen oder auch NGO-Vertreter*innen) bei der Repräsentation von subalternen³ Gruppen. Die Annahme, die Position subalternen Gruppen verstehen und vertreten und somit letztlich in deren Namen sprechen zu können, hält sie letztendlich für ein illegitimes Mittel der Übernahme von Sprecher*innenpositionen. Bei ihrer Analyse geht es jedoch weniger um die Frage, ob die Subalternen sprechen können oder nicht, sondern vielmehr darum, durch welche Mechanismen der Repräsentation ihre Stimmen ausgeblendet, vereinbart oder zum Schweigen gebracht werden. Ein solches „Wissen über“ und „Sprechen für“, das auch in vielen solidarischen Zusammenhängen aufscheint, kann somit auch als gewaltvolles Moment der Aneignung gedeutet werden, wodurch die Welt als Objekt unseres

westlichen Wissens reproduziert wird.

Doch ist solidarische Zusammenarbeit im Kontext von ungleichen Machtverhältnissen und unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Unterdrückung heute überhaupt noch möglich, ohne in Paternalismus zu verfallen und Hierarchien zu reproduzieren? Hierbei warnt Gayatri Spivak davor, allzu einfache Lösungen und naive Auswege aus den Zwickmühlen internationaler Zusammenarbeit zu suchen: „Geschichte ist mächtiger als persönliches Wohlwollen. (...) In diesem Geschäft der Solidarität mit den Ärmsten der Armen im globalen Süden macht persönliches Wohlwollen nichts wett. Es ist christlich zu denken, dass man Tausende Jahre von Unrecht wieder gut machen kann, indem man einfach freundlich ist. Also gehe ich hin und (...) versuche, von ihnen und meinen Fehlern zu lernen. Solidarität? Um Himmels willen. Ich bin eine Kasten-Hindu. Vergessen Sie's“⁴.

Ein solches Statement geht tatsächlich an die Wurzeln des Solidaritätsgedankens, der im Allgemeinen auf der Idee von persönlichem Wohlwollen und individuellem Engagement beruht. Spivak weist darauf hin, dass unser Handeln in historische Zusammenhänge (Kolonialgeschichte), aktuelle Herrschaftsverhältnisse und Konzepte von Nationalismus und Rassismus eingebettet ist, die zu Unterdrückung und Ausschlüssen führen. Diese Strukturen sind immer Teil der Begegnung zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden und weisen uns bestimmte Plätze, Rollen, Identitäts- und Sprecher*innenpositionen zu. Aus diesen strukturellen Zusammenhängen können wir als Individuen nicht einfach heraustreten und sind wir noch so guten Willens. Somit erscheint die Anerkennung der Unmöglichkeit, aus den Verwobenheiten der Geschichte, den hegemonialen und rassistischen Macht- und Herrschaftsstrukturen einfach ausbrechen zu können, als Grundvoraussetzung für eine internationalistische Zusammenarbeit. Wir sind Teil dieser Strukturen und nehmen darin zumeist eine privilegierte Position ein.

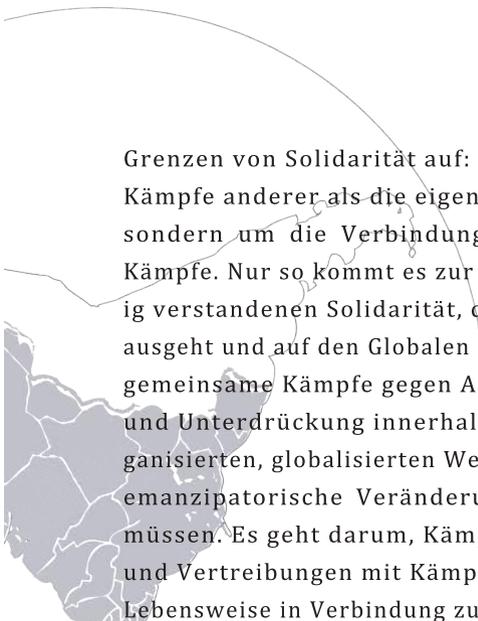
Daraus folgt aber auch, dass eine Partnerschaft auf Augenhöhe, im Sinne einer Allianz zwischen zwei gleich gestellten Partner*innen, nicht möglich ist. Somit geht es nicht darum, bestehende Unterschiede kleinzureden und die Machtverhältnisse zwischen den Partner*innen auszublenden, sondern diese anzuerkennen und offenzulegen. Ein Verständnis davon, wie Ungleichheiten produziert und reproduziert

werden, kann nur dann entstehen, wenn diese auch innerhalb von Solidarbeziehungen benannt und anerkannt werden, ohne dabei „den Anderen“ eine Opferrolle zuzuschreiben und ihnen Handlungsmacht abzusprechen.

Die Kritik an Konzepten und Praktiken der Solidarität soll bestehende Konzepte und Handlungsweisen in Frage stellen, ohne jedoch internationalistische Zusammenarbeit gänzlich abzulehnen. Vielmehr geht es um die Suche nach Anknüpfungspunkten, um eine Solidarität, die die bestehenden Ungleichverhältnisse und unsere Teilhabe daran mitdenkt, lebbar zu machen. Einen solchen Anknüpfungspunkt stellt vielleicht das mittlerweile berühmt gewordene Zitat der Murri-Aktivistin Lilla Watson dar: „Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine Freiheit mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten“⁵. Auf unseren Kontext übertragen bedeutet das, Solidarität nicht als Solidarität für andere zu verstehen, sondern Solidarität in einem gemeinsamen Kampf für gleiche Ziele zu erleben. Dies zeigt jedoch gleichzeitig auch die

Solidarität: Afrikaner mit gesprengten Ketten, aufgehende Sonne, Erstaussgabebetag: 6. Oktober 1981, Wikipedia.





Grenzen von Solidarität auf: Es geht nicht darum, die Kämpfe anderer als die eigenen Kämpfe zu verstehen, sondern um die Verbindung der unterschiedlichen Kämpfe. Nur so kommt es zur Abkehr von einer einseitig verstandenen Solidarität, die vom Globalen Norden ausgeht und auf den Globalen Süden abzielt. Es geht um gemeinsame Kämpfe gegen Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung innerhalb einer kapitalistisch organisierten, globalisierten Welt, wobei auch im Norden emanzipatorische Veränderungen erkämpft werden müssen. Es geht darum, Kämpfe gegen Monokulturen und Vertreibungen mit Kämpfen gegen eine imperiale Lebensweise in Verbindung zu bringen; Auseinandersetzungen um Agrartreibstoffe, CDM- und REDD+-Projekte, um Uran-, Kohle- oder Eisenerzabbau, um die Auswirkungen der WM oder der Olympischen Spiele im Globalen Süden wie im Globalen Norden zu führen. Es geht darum, strategische Allianzen zu entwickeln, ohne dabei bestehende Machtverhältnisse und Widersprüchlichkeiten auszublenden.

Einen weiteren Ansatzpunkt des Umgangs mit den bestehenden Ungleichheitsstrukturen benennt Spivak mit ihrer Aufforderung „*unlearning one's privileges as loss*“⁶. Die eigenen Privilegien können zwar nicht einfach abgelegt, aber durchaus verlernt werden, indem wir sie uns bewusst machen und den Blick auf uns wenden. Das bedeutet, nicht auf die Marginalisierten zu schauen, sondern vielmehr, die eigene privilegierte Position zu sehen und anzuerkennen und nach den Mechanismen zu fragen, die unsere Privilegien stützen (Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft etc.). Es geht darum, nach den Normalisierungs- und Universalisierungsmechanismen zu fragen, die bestimmte Werte und Standards als normal annehmen und auf andere Kontexte übertragen. Die eigenen Privilegien zu hinterfragen heißt auch, nach eigenen Ausblendungen zu suchen und diese ins Blickfeld zu nehmen. Allzu oft beruhen Kampagnentexte, Spendenaufrufe oder Projektbeschreibungen nach wie vor auf eurozentrischen Annahmen, kolonialen Bildern oder rassistischen Denkweisen. Das Verlernen der eigenen Privilegien heißt auch, zu versuchen, bestehende Repräsentationsmechanismen in Frage zu stellen: Wo sprechen wir für andere? Wann bringen wir andere zum Schweigen? Wo legen wir andere in einer bestimmten Subjektposition fest? Wo üben wir Definitionsmacht aus? Wo bestehen in gemeinsamen Projekten Privilegien und Dominanzverhältnisse (Finanzierung, Entscheidungsstrukturen etc.) und wie können diese

abgebaut werden? Inwiefern produzieren auch wir Wissen über Andere und verfestigen somit eurozentrische Sichtweisen?

Ein solcher Prozess der Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien und des Nachdenkens über die eigenen Verstrickungen sowohl auf persönlicher als auch auf institutioneller Ebene kann sehr schmerzhaft sein. So etwas schreckt ab, verunsichert, irritiert und verletzt. Dabei werden Emotionen geweckt und Widerstände hervorgerufen. Dies kann aber nur dann fruchtbar sein, wenn die aufkommenden Abwehrmechanismen überwunden werden und die Bereitschaft besteht, sich auf eine Auseinandersetzung einzulassen. Ein Verlernen der eigenen Privilegien und ein Neu-Lernen von solidarischen Beziehungen kann nur dann entstehen, wenn wir bereit sind, unser eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und uns damit auseinanderzusetzen, wie sich postkoloniale Denkweisen, ungleiche Machtverhältnisse und rassistische Strukturen auch in unseren Projekten und unseren Vorstellungen widerspiegeln. Dabei kann und soll es keine einfachen Antworten und klaren Vorgaben geben. Aber vielleicht können uns postkoloniale Theorien und Denker*innen Anregungen und Hinweise liefern, um nicht an Bestehendem festzuhalten, sondern über eine ständige Reflexion der eigenen Arbeit und Positionen neue Formen der solidarischen Zusammenarbeit entstehen zu lassen.

* Tobias Schmitt ist Geograph und KoBra-Vorstand. Er lehrt und forscht an der Universität Hamburg u. a. auch zu Themen wie Post-Development und postkoloniale Theorien.

- Konkrete Denkanstöße für die Reflektion der eigenen Solidaritätsarbeit finden sich in der Broschüre „Von Trommlern und Helfern“ (siehe Materialsammlung, S. 27).

. Eine ungekürzte Version des Artikels gibt es hier: <http://www.kooperation-brasilien.org/1/00024>

- 1 Hierlmeier, Josef (2006): Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte: von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart: Schmetterling (Reihe Theorie.org).
- 2 Spivak, Gayatri Chakravorty (2008): Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia & Kant.
- 3 Der Begriff „subaltern“ wird dabei vor allem in Sinne von Antonio Gramsci verwendet. Er bezeichnet damit bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die aufgrund von Herrschaftsverhältnissen und hegemonialen Strukturen von politischer Beteiligung und Artikulationsmöglichkeiten tendenziell ausgeschlossen sind.
- 4 Dhawan, Nikita (2009): Zwischen Empire und Empower: Dekolonisierung und Demokratisierung. In: *Femina Politica* 13 (2), S. 52–63.
- 5 Bernau, Olaf (2012): In der Autoritäts- und Identitätsfalle. Stichworte zur Debatte um Critical whiteness anlässlich des diesjährigen No Border Camps in Köln. In: *PHASE* 2 (44).
- 6 Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): *The post-colonial critic. Interviews, strategies, dialogues.* New York: Routledge.

Der Kampf gegen Staudämme entstand in Brasilien als Antwort auf die systematischen Rechtsverletzungen durch die Entwicklungspläne der brasilianischen Militärregierung. Während der Diktatur (1964 –1985) waren diese Pläne Teil der Politik des sogenannten Wirtschaftswunders. Die brasilianische Stromindustrie begann damals zu expandieren: es wurden 30 große Wasserkraftwerke pharaonischen Ausmaßes gebaut, darunter: *Tucuruí, Ilha Solteira, Jupia, Itaipu, Passo Fundo, Sobradinho, Itá, Machadinho* und *Balbina*. Alle mit irreparablen sozialen und ökologischen Folgen.

Gegen Staudämme zu kämpfen bedeutete in jener Zeit weit mehr als sein kleines Stück Land zu verteidigen. Es bedeutete heftigen Widerstand gegen das herrschende politische Projekt zu leisten, mit allen dazu gehörigen Konsequenzen. Denn den damaligen staatlichen Elektrizitätsgesellschaften standen neben dem starken Militärapparat auch spezielle Berater zur Verfügung. Diese waren spezialisiert auf Spionage, Repression, Gefangennahme, Entführung und Ermordung von Arbeiter*innen, Gewerkschafter*innen, führenden Köpfen und Betroffenen von Staudämmen in Brasilien und den Nachbarländern, wie im Fall von *Itaipu*.

Die sozialen Bewegungen im Allgemeinen und so auch die Bewegung der Staudambetroffenen MAB (*Movimento dos Atingidos por Barragens*) lebten von der internationalen Solidarität, um sich politisch zu legitimieren, um ihre Mitstreitenden zu ermutigen und um materiell über die Runden zu kommen. Der Besuch verschiedener Solidaritätsdelegationen aus anderen Ländern

Internationale Solidarität und die Bewegung der Staudambetroffenen Brasiliens

Die Geschichte einer sozialen Praxis

von Esther Vital Garcia, Leonardo Bauer Maggi, Luiz Alencar Dallacosta*

(Deutschland, Österreich, Schweden, Belgien etc.), die in die betroffenen Gemeinden führen, bedeuteten zusätzliche Unterstützung für die lokalen Auseinandersetzungen, was sich sowohl für die Einzelnen als auch für die gesamte Organisation positiv niederschlug.

Der Eindruck, dass es sich bei dem Kampf der Betroffenen um ein legitimes Anliegen handelt, half, Teile der Legislative, der Exekutive und der Judikative zu beeinflussen.

Für die Staudambetroffenen war dieser Rahmen besonders wichtig, denn dadurch gelang es, innerhalb der Strom erzeugenden Industrie Standards zu setzen, wie etwa die Umsiedlung ausnahmslos aller Betroffenen, die Anerkennung der weiblichen Arbeitskräfte, das Führen kollektiver Verhandlungen etc., welche mindestens 20 Jahre Gültigkeit behielten (bis zum Beginn der Privatisierungen).

Die Beziehungen zwischen den Akteuren waren im Wesentlichen politischer Natur und die internationale Solidarität entstand als Brücke zwischen den sich konsolidierenden Bewegungen der Nord- und der Südhalbkugel. Im Norden formierte sich in den 80er Jahren eine internationalistische zivilgesellschaftliche Bewegung, zu deren Forderungen die Abgabe eines Anteils des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe gehörte. Die Bemühungen der OECD, diese internationalen Beziehungen der bestehenden Kooperationen mit den Empfängerländern zu formalisieren, führten zu einer Institutionalisierung in der internationalen Solidaritätsarbeit.

Diese Formalisierung der internationalen Solidarität wird stark vom transnationalen Kapital beeinflusst und ist auf beiden Seiten des Globus spürbar. Tatsächlich handeln die beteiligten Unternehmen so, dass sie die Solidarität bzw. die Entwicklungshilfe durch Konzepte wie "Unternehmensverantwortung" privatisieren.

Diese in die internationale Solidarität eingebrachte "Auftraggeber-Konstruktion" schließt Organisationen wie MAB komplett aus, denn MAB hat gerade zum Ziel, sich gegen derartige Mechanismen des Ausschlusses von Seiten solcher Unternehmen zu wehren. Denn eben solche Mechanismen (die Verletzung sozialer Rechte) machen die Herkunft der großen Gewinne aus, die sie im Süden erwirtschaften.

Das eigentliche Ziel der Unternehmen ist jedoch, sich die Akzeptanz der betroffenen Gemeinden und lokalen Gemeinschaften durch kleine Angebote (bestimmte Formen der sozialen Kommunikation und der Einhaltung der Richtlinien der Unternehmensverantwortung) zu erschleichen.

Durch die Wirtschaftskrise, die sich ab 2008



20 Jahre Kämpfe und Erfolge -
Wasser und Energie sind keine Waren
Quelle: www.mabnacional.org.br

abzeichnete, wurde die Logik der Profitmaximierung in Frage gestellt. Werte wie internationale Solidarität wurden gestärkt, sowohl im Süden als auch im Norden. Wir sehen, dass es notwendig ist, diese Werte der internationalen Solidarität zu vervielfältigen und die sozialen Kämpfe an den verschiedenen Orten zu vereinen und Einigkeit unter den Arbeitenden und Betroffenen der verschiedenen Länder zu erzielen.

In diesem Bereich sehen wir zwei wichtige Vorhaben: Eines ist der internationale Zusammenschluss *“Via Campesina”*, zu dem MAB gehört. Es ist eine globale Initiative, die Landarbeiter*innen auf der ganzen Welt hinter dem Projekt der Ernährungssouveränität für die gesamte Gesellschaft (Stadt und Land) vereint. Das zweite Projekt, das wir für sehr wichtig erachten, ist die Stärkung eines lateinamerikaweiten Zusammenschlusses von Staudambetroffenen.

Diese Initiative rührt aus der Erkenntnis, dass die Rechtsverletzungen in den betroffenen Gemeinden, ebenso wie deren Verursacher*innen, im Allgemeinen in allen Ländern der Region die gleichen sind. Daher macht es Sinn, diese neuen und zahlreichen Widerstände gegen

Staudämme zu vereinen. MAB hat den Aufbau von Organisationen Staudambetroffener in Mexiko, El Salvador, Guatemala, Panama, Peru, Kolumbien, Bolivien, Argentinien unter anderem durch Delegationsreisen von Aktivist*innen sowie die Durchführung von Austausch- und politischen Bildungsseminaren unmittelbar unterstützt.

Bei beiden Beispielen geht es um internationale Solidarität und die Werte, die sie befördern wie Klassenidentität, Brüderlichkeit unter den Völkern, Opferbereitschaft und Streben nach Gerechtigkeit. Es geht darum, die Erfahrungen von MAB, wie oben beschrieben, weiter zu geben.

Für MAB gibt es keinen Zweifel, dass es nötig ist, globale Klassenbündnisse zu schließen und einen neuen Internationalismus aufzubauen, wenn wir wollen, dass die Menschen ihre Souveränität gegenüber den wirtschaftlich und finanziell Mächtigen der transnationalen Konzerne wieder erlangen. Wir glauben, dass in diesem historischen Moment, wo die Werte der Finanzwelt heftig hinterfragt werden, die internationale Solidarität auf die Klassenkämpfe setzen sollte und auf die Fähigkeit der Massen, die ungerechten Strukturen der Gesellschaft zu verändern.

Unser Motto lautet: „Wasser und Energie: Mit Transparenz, gesellschaftlicher Kontrolle und Umverteilung der Gewinne!“.

* Die Autor*innen sind Mitglieder der Nationalen Koordination der Bewegung der Staudambetroffenen MAB.

> Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Tina Kleiber.

- Link zum Original in Portugiesisch:
<http://www.kooperation-brasilien.org/l/00022>

Viele Initiativen von unabhängigen und autonomen Organisationen in Brasilien würden vielleicht nicht existieren, wenn sie keine internationale Unterstützung bekommen hätten. Wir sprechen hier nicht von großen Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), welche einerseits Mittel erhalten, die aus öffentlicher Hand und internationaler Kooperation stammen, und sich andererseits mit großen nationalen Unternehmen oder Unternehmensstiftungen zusammenschließen. Die Rede ist vielmehr von Projekten, die von kleinen Kollektiven oder Vereinen unterschiedlichster Interessen geleitet werden. Sie verfolgen das Ziel, den Mangel an staatlicher Politik in bestimmten Sektoren zu kompensieren und Alternativen zu bestimmten Projekten zu gewährleisten, welche die Bedürfnisse bestimmter sozialer Gruppen nicht ausreichend berücksichtigen. Außerdem stärken sie den Kampf von sozialen Bewegungen für die Umsetzung vorhandener Rechte unter anderem im sozialen, politischen, ökonomischen und Umweltbereich. In manchen Fällen überschneiden sich sogar all diese Bereiche, was zum Beispiel bei der Nachrichtenagentur *Pulsar Brasil* der Fall ist.

Zwischen Existenznot und kreativem Potenzial

Zur finanziellen Unterstützung kleiner Initiativen wie Pulsar Brasil

von Luiza Cilente und Livia Duarte*

Pulsar Brasil ist eine alternative Nachrichtenagentur, die seit 2007 Teil der Bewegung der *radios comunitários* ist. Sie produziert Text- und Audiomaterial in Partnerschaft mit Sendern, Körperschaften, Netzwerken und anderen alternativen Medien. Die Materialien werden täglich auf der Internetseite aktualisiert und stehen unter einer *copyleft*-Lizenz Sendern im ganzen Land zur freien Verfügung - bei Verwendung wird lediglich darum gebeten, die Quelle zu zitieren. Man muss berücksichtigen, dass es aus unterschiedlichen Gründen, auch ökonomischer Art, für Sender mit geringen Ressourcen nicht immer leicht ist, ein breites Programmspektrum auf die Beine zu stellen. Außerdem fördern *radios comunitários* die Demokratisierung der Medien und der Gesellschaft. Demzufolge sind

Initiativen wie *Pulsar Brasil* besonders wichtig, um ein breites Programmspektrum zu garantieren.

Wir verfolgen das Prinzip, qualitativ hochwertiges Material zu gegenwärtigen Debatten zu produzieren. Unter unseren Themenschwerpunkten sind die Demokratisierung der Medien, Umwelt, Genderfragen, Stadt und städtische Reform, Landwirtschaft und Agrarökologie. Die Themen werden immer mit einem kritischen Blick, als Gegenpol zu den hegemonialen Medien, behandelt, wodurch die Standpunkte der Bewegungen der organisierten Zivilgesellschaft gestärkt werden. Abgesehen von den Informationen über Brasilien produzieren wir ebenfalls Nachrichten über andere lateinamerikanische Länder, vor allem durch die Übersetzung der Beiträge der *Pulsar* Agentur, einer in spanischer Sprache produzierenden Partneragentur. *Pulsar Brasil* wird durch eine horizontale Führungsstruktur geleitet, aktuell durch zwei feste Journalistinnen koordiniert, von freiwilliger Mitwirkung unterstützt und teilt sich das Büro mit weiteren Partnern. Sie stellt ein Teil-Programm des Weltverbandes gemeinschaftlicher Radios (*Associação Mundial de Rádios Comunitárias*; AMARC) in Brasilien dar. Alle Programme des Verbandes müssen eigene Finanzierungsmöglichkeiten mit eigens kollektiv definierten Kriterien suchen. Da es sich bei den Programmen um unabhängige Produktionen alternativer Inhalte handelt, betont AMARC und die Gemeinschaftsführung von *Pulsar Brasil*, dass hohe Vorsicht bezüglich der Finanzquellen geboten sei. Eines der Grundprinzipien ist, nicht zuzulassen, dass die redaktionelle Arbeit auf Wunsch des Geldgebers auf irgendeine Weise modifiziert wird. Diese Prämissen erschweren uns die Suche nach potentiellen Inserenten, was der gängige Weg für eine Medienagentur wäre. Sie reduzieren unsere Finanzierungsmöglichkeiten.

Pulsar ist stark mit der internationalen Zusammenarbeit verbunden, die auch bei der Gründung eine wichtige Rolle gespielt hat. Es begann mit der Unterstützung des EED (damals Evangelischer Entwicklungsdienst) und einem deutschen Journalisten, der den Impuls zur Gründung von *Pulsar* gegeben hat. Im Laufe der Geschichte ist das Kollektiv durch verschiedene Phasen gegangen und die Mitgliederzahlen variierten. Das Profil der Aktivist*innen für das Recht auf Kommunikation ist



Besuch bei Rádio Favela in Belo Horizonte. Quelle: Pulsar Brasil, <https://caravanapulsar.wordpress.com>.

jedoch eine Konstante. Zu Beginn wurden nur kleinere Unkosten von der Agentur bezahlt, inzwischen wandelte sich die freiwillige Arbeit jedoch für einige in eine Möglichkeit auf eine vergütete Arbeit. Die Agentur bot auch Journalist*innen kurz nach dem Studienabschluss, die Alternativen zum konventionellen Arbeitsmarkt suchten, einen Arbeitsplatz an. Von der Gründung bis ins Jahr 2010 stellte die internationale Zusammenarbeit mittels Stiftungen wie z.B. dem Evangelischen Entwicklungsdienst, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung etc. die einzige Ressourcenquelle der Agentur dar. Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass während eines gewissen Zeitraumes die Unterstützung des EED institutionellen Charakter annahm, da hier eine größere Freiheit bzgl. der Verwendung der Ressourcen gewährt wurde, verglichen mit anderen Geldgebern, wo eine Beschränkung auf Projekte bestand. Ebendiese sind nicht unbedingt geeignet, unseren finanziellen Existenzbedarf zu decken. Sie nehmen ausschließlich Projekte in den Fokus und berücksichtigen nicht unseren administrativen Aufwand und unser Engagement in anderen sozialen Bewegungen

in Rio de Janeiro.

Allem Anschein nach besteht eine Tendenz, Finanzierungen immer stärker projektgebunden zu vergeben, worunter die institutionelle Förderung leidet. Gleichzeitig ist interessanterweise seit dem Jahr 2000 das an Brasilien gerichtete Geldvolumen aus internationaler Kooperation dramatisch gesunken. Die Geldgeber der reichsten Staaten schauen auf die anderen extrem armen und blenden dabei vielleicht die weiterhin akut herrschende Ungleichheit aus, in der die Bevölkerung der achtgrößten Volkswirtschaft der Welt lebt. Diese Realität erschwert unsere Arbeit im Kampf um die gleichen Rechte für alle.

Im Jahr 2010 nahm unsere Unterstützung durch internationale Geldgeber spürbar ab. Dies ist darauf zurückzuführen, dass wir den Preis für Freie Medien (*Prêmio de Mídia Livre*) verliehen bekamen, mit dem das Kulturministerium die Bedeutung von kleinen Projekten in unterschiedlichen brasilianischen Bundesstaaten anerkannte. Projekte, die auf nationaler Ebene agieren, wie es bei uns der Fall ist, wurden mit 120.000 Reais

(damals ca. 50.000 Euro) vergütet. Es wurden bereits realisierte Arbeiten gewürdigt, wobei eine aus bürokratischer Sicht überschaubare Abrechnung ausreichend war. Diese Unterstützung war für das Wachsen der Agentur fundamental und konnte die Zahl an vergüteten freien Mitarbeiter*innen erhöhen. Allerdings ist diese Finanzierung nicht von Dauer und stellt bis heute unseren einzigen Zugang zu öffentlichen Geldern dar.

Entscheidend ist, dass es in Brasilien bei der Finanzierung kleiner Projekte aus öffentlicher Hand noch an Beständigkeit mangelt. Das Projekt *Cultura Viva*, welches unter Gilberto Gil vom Kulturministerium im ersten Jahr der Lula-Regierung ins Leben gerufen wurde, brachte damals eine nennenswerte Verbesserung. Ein Beispiel ist der schon erwähnte Wettbewerb *Pontos de Mídia Livre*, wodurch auch *Pulsar Brasil 2010* ausgezeichnet wurde. An Beständigkeit und Finanzierungsgarantie mangelt es jedoch weiterhin. Unserer Auffassung nach sind die meisten Ausschreibungen der Regierung nicht geeignet, um unsere Existenz zu sichern. So ist der verlangte bürokratische Aufwand für die Teilnahme und bei der Projektabwicklung zu groß für eine Verwaltungsstruktur, wie wir sie haben. Unser ständiger Eindruck ist, dass selbst wenn wir Zugang zu verfügbarem Geld hätten, wir nicht fähig wären, dieses angemessen zu verwenden und in Abrechnungen zu belegen, wie es in einem transparenten Prozess verlangt wird, ohne unser Handlungsprofil zu verändern. Diese Art von Abrechnung ist bei Institutionen, die viel in ihre Verwaltungsabteilung investieren, durchaus üblich – wir haben noch nicht einmal eine!

Angesichts der auferlegten Schwierigkeiten für den Zugang zu öffentlichen Geldern und des Wandels in der internationalen Zusammenarbeit und der Abnahme der Finanzierung, haben viele den Ausgang in Richtung einer alten Bekannten gewählt: die „*vaquinha*“! Die altbewährte Praxis des Sammelns kleiner Beiträge von Mitgliedern, Mitwirkenden, Bewunderern und Nutzern. Hier zwingt sich uns eine wichtige Frage auf: wenn unser vorrangiges Publikum die gemeinschaftlichen Radios sind und wenn sie noch nicht einmal die Mittel haben, sich selbst zu unterhalten, wie sollen sie dann auch noch uns tragen? In Anbetracht der negativen Umstände, die uns dieses Szenario aufdrängt, ahnen wir die Lösung für Finanzierungsengpässe: *Crowdfunding*. Auf Internetseiten kann man ein Projekt einreichen und

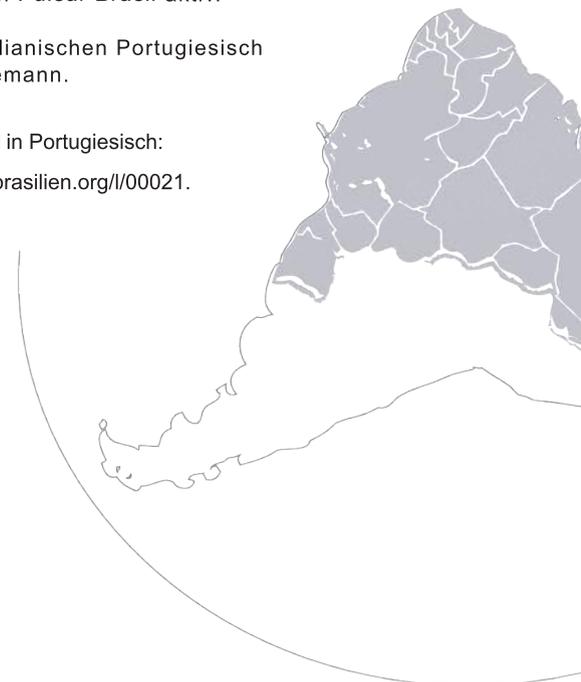
eine Kampagne machen, damit dieses Projekt finanziert wird. Die größte Plattform solcher Art in Brasilien ist *Catarse*. Kürzlich veröffentlichten sie einen Bericht über ihre Aktivitäten, in dem deutlich wird, dass in vier Jahren 55% der 2.700 auf der gemeinschaftlich bearbeiteten Plattform eingereichten Projekte das Ziel erreicht haben und eine vollständige Finanzierung erhielten. Es beteiligten sich 180.000 Personen mit insgesamt 25 Mio. R\$ (ca. 8 Mio. Euro), um diese Marke zu erreichen. Interessant ist, dass 48% des Gesamtbetrags im Jahr 2014 eingetrieben wurde. Dies zeigt ein schnelles Wachstum von *Catarse* und eventuell steht dies auch für eine Ausweitung der Spendengewohnheit von Individuen, abgesehen von denen, die für karitative und kirchliche Zwecke spenden.

Abgesehen von diesen Erfolgswahlen lohnt es sich, noch einmal zu betonen, dass hier ein weiteres Mal auf Projekte und punktuelle Aktivitäten gesetzt wird und eben nicht auf fortlaufende Prozesse, die unsere Existenz langfristig sichern könnten. Wie man sieht, gibt es keine perfekte Lösung, oder doch? Ist es vielleicht notwendig, alte Praktiken und Formeln zu überdenken, so etwas wie eine Neuerung, inklusive der alten Geldgeber? So könnten kleine Organisationen wie *Pulsar* weiterhin produzieren und sich auf ihr kreatives Potenzial konzentrieren, ohne nahezu die gesamte Energie ins Überleben zu stecken.

* Luiza Cilente und Livia Duarte sind beide Journalistinnen und seit 2007 bei *Pulsar Brasil* aktiv.

> Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Swen Kausemann.

- Link zum Original in Portugiesisch:
www.kooperation-brasilien.org//00021.





Auslandsverschuldung
Brasilien
in % des BSP

1980
37824 Mio \$
16.4

1983
Liebe Freunde der Brasilieninitiative!
aktuelle Kreismis...
so. Un...
ca. 90000 Mio \$



Umschlag des Rundbrief Nr.9/3. Jhg., 10/83
Brasilien Initiative Freiburg e.V.
Archiv für soziale Bewegungen, Freiburg.



Ficht...
e...
Ausschreibung der Wahl...
do...
h...
B...
mo...
ko...
neu...
te u...
Hier...
Denn...
so stark...
nominieren...
BOIAS-FRIAS SE REVOLTAM
EM SÃO PAULO

435,00
980,00
680,00
320,00
700,00
1,00
DM 1,14
DM 3,18
DM 2,02
DM 5,49

Justiça Eleitoral

"Von Brasilien lernen, das Leben leichter zu nehmen!" / „Feurig, exotisch und voller Lebensfreude – entdecken Sie mit uns den Zauber Brasiliens“ / „Brasilien, das Land der Musik und der heißen Rhythmen“ ... Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Es sind Beispiele wie diese, an denen postkolonial-aktivistische Gruppen (wie bspw. glocal) in den letzten Jahren immer wieder sehr anschaulich gemacht haben, dass kolonial geprägte Muster bis heute fortwirken: Indem man die Kolonisierten auf Natürlichkeit, Körperlichkeit und Emotionalität festlegte, rückte man sie in die Nähe der Tierwelt und der Natur – und rechtfertigte so die koloniale Unterdrückung. Ähnliche Strukturen finden sich bis heute im Umgang mit und im Sprechen über Menschen im globalen Süden wieder.

Sind solche Fragen auch für ein Netzwerk wie KoBra relevant? Was bedeuten die Diskussionen um (Post-)Kolonialismus und Post-Development für die Solidaritätsarbeit mit Brasilien? Bevor wir auf diese Fragen kommen, seien zunächst ein paar Grundlagen der sogenannten postcolonial studies skizziert, auf die sich diese Diskussionen oft stützen.

Nicht immer gleich alles besser wissen...

Was wir von postkolonialen Ansätzen für die Brasiliensolidarität lernen können

von Sarah Lempp*

Kennenlernen als Strategie der Weltbeherrschung

Postkoloniale Theorien umfassen ein heterogenes Feld von literatur- und sozialwissenschaftlichen Forschungsrichtungen. Was sie verbindet, ist die Analyse des weitverzweigten und bis in die Gegenwart hineinreichenden Machtsystems des Kolonialismus mit dem Ziel, neue Geschichtsbilder und emanzipatorische Alternativen zu entwickeln. Ihr Erkenntnisinteresse gilt der Frage, wie Kolonialismus nicht nur die kolonisierten, sondern auch die kolonisierenden Gesellschaften prägte und wie er auch über die Phase der formalen Dekolonisierung hinaus wirkmächtig blieb.

Als Vorläufer der postkolonialen Theorien gelten die antikolonialen Bewegungen ab den 1940er Jahren, zu

deren bekanntesten Vertretern Aimé Césaire, Léopold Senghor und Frantz Fanon gehören. Als Grundlagenwerk der postkolonialen Theorien gilt schließlich das Buch „*Orientalism*“ von Edward Said, das 1978 erschien. Darin untersuchte Said, wie der Orient im 18. Jahrhundert durch europäische Orientexpert*innen diskursiv ‚hergestellt‘ wurde: Indem diese den Orient als irrational, primitiv und feminin entwarfen – im Gegensatz zum rationalen, fortschrittlichen, maskulinen Westen – konstruierten sie die Menschen im Orient als das Gegenbild der Europäer*innen, als ihre Anderen (man spricht daher auch von othering). Dies ging zugleich mit der Bestimmung eines positiv besetzten europäischen Selbst einher. Eben weil der Orient dem Westen ökonomisch und militärisch unterlegen war, eignete er sich als Projektionsfläche für westliche Imaginationen.

Said machte deutlich, wie die akademische Disziplin des Orientalismus dazu beitrug, die kulturelle, ökonomische und militärische Dominanz des Westen zu konsolidieren. Es ging ihm somit auch darum, die Verbindung von Wissen und Macht aufzuzeigen und damit darzulegen, „inwieweit Europas Strategien des angeblichen ‚Kennenlernens‘ letztendlich Strategien der Weltbeherrschung darstellen“.¹

Diese Erkenntnis wurde später nicht zuletzt im Rahmen der Kritik an ‚Entwicklungshilfe‘ aufgegriffen: Vertreter*innen des sogenannten Post-Development-Ansatzes arbeiteten heraus, inwiefern das Konzept der ‚Unterentwicklung‘ seit den 1950er Jahren westliche Interventionen und Programme in ehemals kolonisierten Ländern rechtfertigen half und lehnten Entwicklung als eurozentrisches, autoritär-technokratisches Paradigma ab (siehe Artikel von Daniel Bendix).

Auch das Konzept der Moderne, durch das Europa im Sinne eines linearen Entwicklungsweges zum Vorbild und Ziel der Entwicklung aller anderen Staaten erklärt wurde, entlarvten sie als einen eurozentrischen Mythos, der nicht zuletzt die koloniale Expansion ausklammert. Die Dominanz dieser Übergangserzählung, derzufolge alle Staaten früher oder später die europäische ‚Stufe‘ erreichen müssten, problematisiert auch der Historiker Dipesh Chakrabarty in seinem bekannten Aufsatz „*Provincializing Europe*“ („Europa provinzialisieren“). Er veranschaulicht dies an der Tatsache, dass historische Arbeiten über den globalen Süden diesen stets als man-

gelhaft und unterlegen konzipieren. So werde etwa die Geschichte Indiens stets an der europäischen Geschichte gemessen und bleibe immer durch das Stigma des Scheiterns gekennzeichnet.

Postkoloniale Theoretiker*innen veranschaulichen diesen Umstand gerne an der unterschiedlichen Bedeutung, die der Französischen und der Haitianischen Revolution in der Geschichtsschreibung zugestanden wird: Während erstere als zentraler Markstein der westlichen Geschichte gilt und mit Erzählungen von Aufklärung, Emanzipation und Menschenrechten verknüpft wird, ist letztere kaum bekannt. Dabei war sie die bedeutendste Sklavenerhebung, die je in die Geschichtsbücher einging; sie fand um die selbe Zeit herum statt (nämlich 1791) und führte zur Gründung des ersten unabhängigen Staates in Lateinamerika. Die Tatsache, dass ein Aufstand von Sklav*innen für die französischen Kolonisator*innen im wahrsten Sinne des Wortes „undenkbar“ war, wirkt bis heute in der Bagatellisierung dieser Revolution fort, wie etwa der Anthropologe Michel-Rolph Trouillot herausgearbeitet hat.²

Von Hütten und Häusern

Was können diese Konzepte und Theorien nun für die konkrete Solidaritätsarbeit eines Netzwerks wie KoBra bedeuten? Ohne hier ein Universalrezept liefern zu wollen und zu können, seien zumindest einige Ideen und Ansatzpunkte skizziert.

Wie eben beschrieben, zeichnen sich postkoloniale Theorien dadurch aus, dass sie der reflexiven Selbstverortung einen zentralen Stellenwert einräumen - also der Frage, wer von welcher Position aus spricht. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen in Brasilien kann das bedeuten, ein Bewusstsein dafür zu haben, nicht primär über Andere zu sprechen, sondern im Gespräch mit den jeweils Betroffenen deren Positionen kennenzulernen, erst einmal zuzuhören und nicht gleich alles besser wissen zu wollen. Es kann bedeuten, sich eher darauf zu konzentrieren, welche Rolle deutsche Akteure zum Beispiel beim Bau von Großstaudämmen spielen und dies anzuprangern, anstatt sich paternalistisch in lokale Debatten einzumischen. In Bezug auf ein Netzwerk wie KoBra kann es bedeuten, Wissen, Expert*innen und Solidarität nicht nur in eine Richtung zu ‚transferieren‘.

Beim Sprechen über Sachverhalte in Brasilien können postkoloniale Ansätze dazu beitragen, das oben er-

wähnte othering zu vermeiden – also nicht in Gegensätzen wie traditionell/modern zu sprechen, Homogenisierungen zu vermeiden und keine rassistisch aufgeladenen Stereotype zu bedienen („die Brasilianer*innen haben Musik im Blut/sind immer fröhlich/können gut tanzen/...“). Darauf kann man gerade auch bei Reiseberichten nach der Rückkehr achten, wie der Verein global in der Broschüre „Mit kolonialen Grüßen“ sehr anschaulich darstellt.³ Denn auch wenn solche Schilderungen oft positiv gemeint sein mögen, wurzeln derlei Romantisierungen und die Festlegung ‚anderer‘ Kulturen auf Körperlichkeit, Tradition etc. in kolonialen Traditionen – und tragen immer auch die Kehrseite in sich, im Gegenzug die eigene Kultur als rational und zivilisiert darzustellen.

Als Grundregel hilft vielleicht, sich bei konkreten Formulierungen zu fragen, ob so auch über vergleichbare

UNICEF-Solidaritätsbriefmarke: Afrikaner mit gesprengten Ketten, Sonnenaufgang, Erstaussgabetag: 6. Oktober 1981, Wikipedia



Sachverhalte oder Personen im hiesigen Kontext gesprochen würde: Muss es wirklich eine ‚Hütte‘ sein, oder kann es vielleicht auch einfach als ‚Haus‘ beschrieben werden? Muss ich von ‚traditionellen Sitten‘ sprechen, oder kann ich das konkrete, individuelle Verhalten beschreiben, das ich meine? Muss ich unbedingt die in meinen Augen ‚extremen‘ und ‚exotischen‘ Aspekte hervorheben, und denke ich mit, dass diese für viele Menschen Teil ihres Alltags sind? Betone ich Szenen, die in das klassische Brasilienbild passen, oder versuche ich, dieses nicht überall zu bedienen? Vieles davon lässt sich auch auf die konkrete Bildproduktion – sprich das Fotografieren – übertragen: Wähle ich besonders ‚exotische‘ Motive, reproduziere ich Stereotype, stelle ich mich als mutige Abenteurer*in dar, frage ich die Fotografierten um Erlaubnis?

Wichtig erscheint mir außerdem, immer deutlich zu machen, dass ich nicht von einer neutralen Position aus spreche, sondern dass meine spezifischen Erfahrungen dadurch geprägt sind, ob ich diese als Mann oder Frau, als Schwarze*r oder Weiße*r, als Akademiker*in oder Nichtakademiker*in, ... gemacht habe.

Ziel solcher Debatten und Veränderungen sollte dabei nicht sein, nur noch über ‚meine‘ (National-)Kultur oder ausschließlich über meine höchst subjektive Wahrnehmung sprechen zu dürfen. Vielmehr geht es meines Erachtens darum, sensibel und verantwortungsvoll mit den historischen und geopolitischen Machtungleichgewichten umzugehen, innerhalb derer wir uns bewegen, um so zu einem solidarischen Miteinander zu kommen, das es uns ermöglicht, gemeinsam gegen Missstände zu kämpfen – uns also vom europäischen Anspruch auf Universalität zu verabschieden und einen Beitrag zu der von Chakrabarty geforderten „Provinzialisierung“ Europas zu leisten..

* Sarah Lempp ist Ethnologin und Politologin. 2013 erschien von ihr das Buch "Über den Black Atlantic - Authentizität und Hybridität in der Capoeira Angola" im Tectum Verlag.

- 1 Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: Transcript, S. 32.
- 2 Trouillot, Michel-Rolph (2002): Udenkbare Geschichte. Zur Bagatellisierung der haitianischen Revolution. In: Conrad/Randeria (Hg.): Jenseits des Eurozentrismus, S. 84-115.
- 3 www.glokal.org - siehe Materialsammlung, S. 27.

Es ist gut und richtig, einem Obdachlosen ein Bett für die Nacht zu geben, schrieb Bertolt Brecht in seinem Gedicht „Das Nachtlager“, und fügte hinzu, dass allerdings so die Welt nicht anders, das Zeitalter der Ausbeutung nicht verkürzt wird.

Menschen in Notlagen beizustehen, ist ein ethischer Grundsatz. Und dennoch trägt Hilfe, die Elend und Unfreiheit nur abfedert, dazu bei, ausgerechnet jene gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, die Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen. Ein Dilemma, aus dem es nur ein Entkommen gibt. Nur wer Hilfe zugleich verteidigt, kritisiert und zu überwinden versucht, kann vermeiden, dass der Impuls, anderen beizustehen, bestehende Missstände nur verlängert.

Warum Kritik an der Hilfe nötig ist Das neoliberale Verständnis von Eigenverantwortung in Strategien von Hilfsorganisationen

von Thomas Gebauer*

Hilfe zu verteidigen ist notwendig, weil im Zuge der globalen Entfesselung des Kapitalismus die Verweigerung von Chancen und damit die Risiken für sozialen Ausschluss dramatisch zugenommen haben. Erstaunlich genug, hat dies selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum eingeräumt. Allerdings ohne die mindeste Konsequenz daraus zu ziehen, nämlich zum Schutz und weiteren Ausbau aller noch bestehender Formen sozialer Sicherung aufzurufen.

Noch immer dominiert Margaret Thatchers monströse Behauptung „*There is no such thing as society*“, mit der seit den 1980er Jahren eine solidarisch verfasste Gesellschaftlichkeit ausgehöhlt und Institutionen der öffentlichen Daseinsfürsorge zunehmend privatisiert worden sind. Dabei ist das Prinzip gesellschaftlicher Verantwortung durch eine neoliberal gewendete Idee von Eigenverantwortung ersetzt worden.

Aus Armen werden *Entrepreneurs*

Mit der Unterwerfung von Gesellschaftlichkeit unter die Interessen von Ökonomie und Macht entstand ein neues

Menschenbild, das für die Lage der Menschen weniger die sozialen Verhältnisse verantwortlich macht, als die Menschen selbst. Kritik an Hilfe ist notwendig, weil sich eben dieses neoliberale Verständnis von Eigenverantwortung auch in die Strategien von Hilfsorganisationen eingeschlichen hat. Noch heute geistert durch so manches Entwicklungsvorhaben die Vorstellung, aus Armen „Entrepreneurs“, also Unternehmer in eigener Sache zu machen. Überspitzt formuliert geht es in solchen Projekten nicht mehr um die Beeinflussung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, wozu auch die Verteidigung einer solidarisch verfassten Gesellschaftlichkeit gehören würde, sondern um die Anpassung der Leute an ihnen von außen übergestülpte Verhältnisse. Da den Menschen im Süden, den Partnern vor Ort, nicht wirklich Souveränität im Sinne politischer Autonomie zugestanden wird, da viele Helfer das eigene, das westliche Entwicklungsmodell wie selbstverständlich für das beste aller Modelle halten, entpuppen sich selbst gut gedachte *Empowerment*-Ansätze als Anpassungsprojekte, als Bereitstellung von Tools und Techniken, von *Management-Know-how* und Motivationshilfen, um mit den offenbar alternativlos gesetzten Widrigkeiten dieser Welt besser zurecht zu kommen. Nicht die Praktiken der Nahrungsmittelmultis stehen dann im Fokus, sondern Trainingsprogramme, die auf das individuelle Essverhalten zielen. Nicht die strukturelle Gewalt, die zu Traumata und anderen seelischen Erschütterungen führt, sondern Kurztherapien, die die individuelle „Resilienz“ fördern. Nicht die Kritik am herrschenden Finanzkapitalismus, sondern die Verführung selbst noch der Ärmsten der Armen, darin auf unterster Ebene mitzuspielen. Welche fatalen Konsequenzen damit einhergehen, wird am Beispiel von Mikrokrediten deutlich, die über eine gesamte Entwicklungsdekade hinweg propagiert wurden.

Unter dem Strich aber haben sie die Armut nicht beseitigt, sondern nur „finanzialisiert“. Millionen von Menschen wurden in einen prekären Kreislauf aus Schulden und Schuldentilgung hineingezogen und dabei das Prinzip solidarisch verfasster Hilfe auf den Kopf gestellt. Viele der heute aufgenommenen Mikrokredite werden für Ernährungssicherung und medizinische Versorgung genutzt. Damit wird die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen nicht nur wieder an die individuelle Zahlungsfähigkeit gekoppelt, sondern sogar noch mit Zinsen belastet. Im Zeichen der Hilfe entstand ein neue, eine verschuldete Existenzform.

Brasilianische Informations-Front

Nr.1 Juni 1973
Deutsche Ausgabe



Kindersterblichkeit in Brasilien

pro 1000 lebend Geborene im ersten Lebensjahr



IBGE 1970 (Bras. Institut für Geografie u. Statistik)

Flugblatt aus dem Jahr 1973

Quelle: Archiv für soziale Bewegungen, Freiburg i. Brsg.

From Charity to Solidarity

Es ist das Gefangensein in fatalen Überzeugungen, das die Krise heutiger Hilfe ausmacht. Probleme aber, darauf hat schon Albert Einstein hingewiesen, „kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“. Überwinden von Hilfe bedeutet, Daseinsfürsorge aus der Sphäre von freiwilligem Engagement und Charity herauszulösen und auf rechtliche Grundlagen zu stellen. Die Suche nach einer solchen, einer solidarischen Hilfe ist längst im Gange. Zum Beispiel auf den Plätzen von Kairo, Istanbul oder São Paulo, wo Menschen nicht nur auf politische Freiheiten drängten, sondern auch auf eine Politik der sozialen Verantwortung.

So verschieden die Proteste sind, zeichnen sich in ihnen doch die Grundlinien für ein neues Verständnis von gegenseitigem Beistand ab. Deutlich wird eine in den Menschenrechten verortete Hilfe, die nicht vom guten Willen einzelner abhängt, sondern über gesellschaft-

liche Übereinkünfte abgesichert, durch demokratisch gebildete Institutionen garantiert und über Mechanismen verpflichtender Umverteilung bzw. fiskalischer Transferleistungen finanziert wird.

„Wohltätigkeit ist die Ersäufung des Rechts im Mistloch der Gnade“, diese Johann Heinrich Pestalozzi, einem Zeitgenossen der Französischen Revolution, zugeschriebenen Worte, lassen keine Zweifel, dass es nicht die Wohltätigkeit einzelner, sondern rechtlich verfasste Gesellschaften sind, die ein gutes Leben zur Voraussetzung hat. Nur als Teil solcher Gesellschaften garantieren sich die Menschen ihre Rechte. Die Menschenrechte sind weder naturgegeben, noch werden sie von oben gewährt. Sie werden in politischen Auseinandersetzungen von unten verwirklicht. Dabei kommt Solidarität eine doppelte Bedeutung zu. Sie steht einmal für die Solidarität zwischen denen, die sich zusammen auf den Weg machen, um für ihre Rechte zu kämpfen, und sie weist auf die Solidarität, die schließlich zum konstitutiven Prinzip jener gesellschaftlichen Institutionen wird, die am Ende der Kämpfe stehen und allen den Zugang zu ihren Rechten ermöglicht.

Solche solidarisch verfassten Institutionen sind in vielen Ländern der Welt (noch immer) existent. Sie heute international auszuweiten, ist mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad nicht nur überfällig, sondern auch die einzige Chance, sie im nationalen Kontext zu retten und auszubauen. Nur über die internationale Verabredung globaler Sozialstandards sowie vertraglich gesicherte Ausgleichsmechanismen, kann die weitere Aushöhlung öffentlicher Daseinsfürsorge gestoppt und eine soziale Infrastruktur für alle aufgebaut werden.

Damit sind die Grundsätze eines neuen globalen Gesellschaftsvertrages benannt: Prinzipien, die dafür sorgen, dass alle Menschen an allen Orten der Welt jene Bedingungen vorfinden, die sie für die Gestaltung eines selbstbestimmten „*buen vivir*“ brauchen - eines Lebens, zu dem unbedingt auch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe zählt.

* Thomas Gebauer ist Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation *medico international*. Der Text entstand anlässlich der *Beyond-Aid-Konferenz* („Von Wohltätigkeit zu Solidarität“), die *medico international* im Februar 2014 in Frankfurt veranstaltet hat.

Am 01.01.1994 erhob sich in Mexikos südöstlichen Bundestaat Chiapas die zapatistische Befreiungsarmee EZLN und führte 13 Tage lang einen offenen Krieg mit der mexikanischen Armee. Von Beginn an setzte die EZLN auf eine breit angelegte Kommunikation, um ihre Forderungen sowohl auf nationaler als auch internationaler Eben bekannt zu machen.

Solidarität ist politische Unterstützung - nicht Mildtätigkeit!

Das Beispiel der zapatistischen Bewegung

von Fabian Kern*

Die Zapatistas erhielten sehr bald Solidaritätsbekundungen aus allen Teilen der Welt. Nicht immer war die Unterstützung im Sinne der Revolutionäre. Sie problematisierten paternalistische Hilfsangebote, die Indigene als rückständig und hilfsbedürftig begriffen. Sie wollten anderes: „Die Unterstützung die wir fordern, gilt dem Aufbau eines kleinen Teils dieser Welt in die alle Welten passen. Es handelt sich daher um politische Unterstützung und nicht um Mildtätigkeit.“ Die Zapatistas sehen sich als Teil einer weltweiten Bewegung, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehrt. Schon 1994 forderten sie: „Lasst uns ein gemeinsames Netzwerk all unserer Kämpfe und einzelner Widerstände schaffen. Ein interkontinentales Widerstandsnetz gegen den Neoliberalismus und für die Menschlichkeit. Dieses interkontinentale Widerstandsnetz wird - Unterschiede anerkennend und Ähnlichkeiten erkennend - versuchen, sich mit anderen Kämpfen überall auf der Welt zu verbinden.“

Der zapatistische Aufstand und die geäußerten Forderungen befeuerten einen Bewusstseinswandel in der deutschen Soliszene. In der sich formierenden Altermundista Bewegung war die zapatistische Bewegung ein Referenzpunkt, von dem sich viele Akteure inspiriert fühlten. Nicht wenige Aktivist*innen reisten nach Chiapas, um von den Zapatistas zu lernen, wie eine Basisbewegung aufgebaut und Macht neutralisiert werden kann. Diese Umkehrung der Wissensströme führte dazu, dass globale Machtstrukturen innerhalb der solidarischen Bewegung stärker hinterfragt wurden. Die

Kämpfe im Norden wurden stärker als Teil einer globalen Bewegung für eine andere Welt begriffen. Das eigene Aufbegehren gegen das neoliberale System und das Aufbauen von lokalen Alternativen wird von Teilen stärker als solidarischer Akt mit den Bewegungen in anderen Teilen der Welt empfunden. „Solidarität entsteht aus dem gemeinsamen Bewusstsein, Widerstand gegen Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung in einer zunehmend kapitalistisch durchdrungenen Welt Widerstand zu leisten.“¹

Diese erinnert an den alten proletarischen Internationalismus, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts die Arbeiterkämpfe gegen das Kapital vereinen sollte. Ein bedeutenden Unterschied ist der Zugang zu Kommunikationsmedien. In den 1990er Jahren konnte mit dem aufkommenden *World Wide Web* partizipative Medienprojekte, wie beispielsweise der *Open-Posting*-Nachrichten-Plattform *Indymedia*, genutzt werden. Dieses Konzept des partizipativen Journalismus funktionierte erstmals beim Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) 1999, dem sogenannten „*Battle of Seattle*“, in größerem Umfang. Bald darauf gründeten sich überall auf der Welt *Independent Media Centers*, die direkt von den Aktivist*innen mit Berichten aus den Bewegungen gefüttert wurden. Anstatt Berichte über die Zapatistas, gab es mit den partizipativen Möglichkeiten des Internets direkten Zugang zu den Deklarationen der zapatistischen Bewegung. Protokolle von Versammlungen können eingesehen und Audio- und Videoaufzeichnungen von den internationalen Treffen, die jährlich in den zapatistischen Verwaltungszentren (*Caracoles*) stattfinden, von der interessierten Öffentlichkeit direkt abgerufen werden.

Die zapatistische Bewegung ist sich der Bedeutung internationaler Solidarität durchaus bewusst. So werden seit vielen Jahren internationale Menschenrechtsbeobachter*innen in zapatistische Gemeinden geschickt, um durch ihre Präsenz (para-)militärische Übergriffe zu erschweren. Allerdings wird von den „Räten der guten Regierung“ im Einzelfall entschieden, wer, wo, wie lange und warum eingesetzt wird.

Auch mit erprobten Solidaritätsformen wie Protestbriefen und Demonstrationen werden Zapatistas unterstützt. Den riesigen Kundgebungen in Mexiko Stadt und den zahlreichen Solidaritätsaktionen weltweit ist es zu verdanken, dass die mexikanische Regierung ziemlich schnell vom offenen Konflikt hin zu einer Strategie des Krieges mit niederer Intensität² überging. Als die

mexikanische Regierung die vermeintliche Identität des von ihr ausgemachten Anführers Subcomandante Marcos verkündete und ihn zur Fahndung ausschrieb, kamen hunderttausende Mexikaner*innen mit den für die Zapatistas charakteristischen Skimützen zu Demonstrationen und riefen: „*Todos somos Marcos!*“ (dt: Wir sind alle Marcos).

Das Selbstbewusstsein der Zapatistas bekommen auch Studierende und Wissenschaftler*innen zu spüren. Forschungsanfragen in den zapatistischen Gemeinden werden auf ihre Bedeutung für die zapatistische Bewegung geprüft. An diesen Anforderungen scheitern viele Anfragen.

In diesem Prozess „entwickelt“ sich die zapatistische Gesellschaft. Diese Entwicklung zielt jedoch nicht auf eine Entwicklung nach westlichem Vorbild, sondern auf die Wiederaneignung von Politik, Wirtschaft und Wissen. Die politische Wiederaneignung ist geprägt von Selbstorganisation und basisdemokratischen Strukturen auf

EZLN Poster aus dem Jahr 2010.

Foto: seven resist / flickr.



Dorf, Landkreis und Regionalebene. Das Leitprinzip des zapatistischen Politikverständnisses ist das „gehorchende Regieren“. Charakteristisch für die Räte der guten Regierung ist das strenge Rotationsprinzip, die jederzeit mögliche Abberufung von Repräsentant*innen und die unentgeltliche Ausübung von politischen Ämtern.

Bei der wirtschaftlichen Wiederaneignung steht die solidarische Bedürfnisbefriedigung von allen im Fokus und nicht der kapitalistische Mehrwert. Die Landbesetzungen zu Beginn des Aufstands bilden noch immer die subsistenzwirtschaftliche Grundlage der Bewegung. Internationale solidarische Handelsbeziehungen werden aber zunehmend wichtiger und ergänzen die lokale Wirtschaft.

Bei der Wiederaneignung des Wissens haben die Zapatistas früh damit begonnen, autonome Bildungseinrichtungen aufzubauen, in denen sie den Unterricht und dessen Inhalte selbst gestalten. Die Gesundheitsversorgung basiert auf einer Mischung von traditionellen Heilmethoden und westlicher Schulmedizin, deren Möglichkeiten anerkannt werden, ergänzt mit einer präventiven Gesundheitspolitik. Nur wenn die Solidarbewegung in Europa bereit ist, solche autonomen lokalen Entwicklungsprozesse als gleichberechtigt anzuerkennen, behält sie ihre Berechtigung. Dies bedeutet, das Kennenlernen der Akteur*innen, das Verstehen der Prozesse vor Ort und das Begreifen der Ziele im unterschiedenen kulturellen Kontext. Auf diesen Grundlagen kann entschieden werden, was gelernt werden kann, ob es wirkliches Interesse gibt und ob Ressourcen zur Verfügung stehen, um die Prozesse vor Ort zu unterstützen.

* Fabian Kern ist Radiojournalist, Gründungsmitglied der GartenCoop Freiburg und arbeitet seit August 2014 in der KoBra-Geschäftsstelle.

Dieser Text basiert weitestgehend auf folgenden Publikationen:

• Gilgenbach, Dominik, Bettina Moser: Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development?. In: Journal für Entwicklungspolitik, vol. XXVIII 4-2012, S. 8-29.

• Gilgenbach, Dominik, Bettina Moser: Das Ende der Nord-Süd-Einbahnstraße?. Post-Development, internationale Solidarität und zapatistischer Kaffee. In: arranca!, Nr. 46, 2012, S. 16-18.

1 Arranca S.16.

2 Der "Krieg niederer Intensität" in Chiapas zielt nicht direkt auf die militärische Zerstörung der Guerilla ab. Er ist in erster Linie eine psychologische Kriegsführung, die die Menschen in einen dauerhaften Zustand der Unsicherheit und Angst versetzen soll. Quelle: <http://imi-online.de/download/AUSDRUCK-08-2004JP-Chiapas.pdf>.

Die brasilianisch-afrikanischen Beziehungen haben sich in den letzten elf Jahren auf diplomatischer, politischer und ökonomischer Ebene äußerst dynamisch entwickelt. Seit der Präsidentschaft von Luiz Inácio Lula da Silva (2003-2010) verstärkte sich Brasiliens Engagement auf dem afrikanischen Kontinent zusehends. Seine politische Ziehtochter und Staatspräsidentin Dilma Rousseff setzt auf Kontinuität und führt, trotz schwankendem Engagement, den Kurs ihres Vorgängers fort. Seither hat sich Brasiliens Außenhandel mit Afrika von 6 auf 26,5 Milliarden US-Dollar fast

Brasiliens Engagement in Afrika

Solidarität oder Pragmatismus?

von Igor Birindiba Batista*

verfünffacht und ist damit 2013 auf 5,7 Prozent des Gesamtaußenhandelsvolumens angewachsen. Bei der neuen Afrika-Expansion ziehen Brasiliens Privatwirtschaft, der Staat und öffentliche Kreditgeber sowie Entwicklungsorganisationen koordiniert an einem Strang. In diesem Kontext engagiert sich Brasilien vor allem in Mosambik und Angola – als Investor, Entwicklungshelfer und Financier. Die Investitionen und Dienstleistungen brasilianischer Konzerne in Afrika haben deutlich zugenommen und werfen angesichts der gegenwärtigen Dominanz von Ressourceninteressen die brisante Frage auf, ob die von Brasilien geförderten Süd-Süd-Beziehungen die Charakteristika einer Nord-Süd-Beziehung reproduzieren. Handelt es sich bei Brasiliens Süd-Süd-Beziehungen mit Afrika, wie immer wieder in Begrüßungsreden afrikanischer Staatsefs in Brasilien beschworen wird, um echte Solidarität, oder wird hier eine Art „*soft imperialism*“ betrieben?

Solidarität auf brasilianisch...

Brasiliens Afrikapolitik ist traditionell mit einer pragmatischen entwicklungspolitischen Agenda verbunden gewesen. Die geleistete „Entwicklungshilfe“ wird von Brasilien jedoch nicht als solche verstanden, sondern entspringt aus Sicht der Regierung dem Konzept der Süd-Süd-Kooperation. Nach eigenen Angaben verpflichtet sich Brasilien dazu, seine „Entwicklungshilfe“ nicht nach finanziellen oder materiellen Eigenin-

teressen auszurichten, sondern die Regierung versteht Entwicklungspolitik als einen essentiellen Beitrag zur internationalen Sicherheits- und Friedenspolitik. Der brasilianischen Führung zufolge basiert dieser Ansatz auf einem Gefühl der Solidarität unter den Entwicklungsländern und betont den gegenseitigen Nutzen der Kooperation. Heute ist Brasilien sowohl Empfänger als auch Geber von „Entwicklungshilfe“. Von 2005 bis 2009 soll das Land rund 1,4 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet haben. Zusätzliche 70 Millionen US-Dollar waren von 2011 bis 2014 für wissenschaftlich-technische Kooperationen bestimmt. Je etwa die Hälfte dieser Summe entfiel auf Projekte in Afrika und Südamerika. Die Kooperationsagentur (*Agência Brasileira de Cooperação*), die Brasiliens Projekte sowohl als Geber wie auch als Empfänger verwaltet, vermeidet aber weiterhin die Begriffe „Entwicklungshilfe“ und „Geber“. Es herrscht panische Angst, die nördlichen Geberländer könnten ihre schon jetzt minimale und reduzierte Unterstützung für Brasilien komplett einstellen, da es international inzwischen nicht mehr als Entwicklungsland eingestuft wird.

...heißt eine „eigennützige Kooperation“

Das tatsächliche Ziel der brasilianischen „Besuchsdiplomatie“ und der ständigen Präsenz des Landes über Botschaften in Afrika – es sind 37 über den afrikanischen Kontinent verteilt – besteht im Wesentlichen darin, als Vermittler wirtschaftlicher Interessen brasilianischer Unternehmen zu fungieren. Die 70 Millionen US-Dollar für wissenschaftlich-technische Kooperationen haben lediglich eine symbolische Funktion. Denn im Vordergrund stehen die Handelsinteressen des lateinamerikanischen Landes. Ansätze und wissenschaftliche Abhandlungen des Professors für „Soziologie der Entwicklungsländer“ an der Ruhr-Universität Bochum, Jürgen H. Wolff, und des kenianischen Ökonomen James Shikwati bestätigen diese Annahme¹.

Die örtlichen diplomatischen Vertretungen Brasiliens machen sich nicht nur bei der Vermittlung von Geschäften nützlich, sondern erfüllen eine zentrale Aufgabe bei deren Planung und Abwicklung. Es ist daher kaum verwunderlich, dass es sich bei den finanziellen bilateralen oder multilateralen Kooperationen Brasiliens mit anderen Entwicklungsländern in ihrer überwiegenden Zahl um Exportdarlehen für brasilianische Multikonzerne handelt. Heimisch wird dies als „gelebte Solidarität“ und auf dem internationalen Par-

kett als „Süd-Süd-Kooperation“ gepriesen. Die offensichtliche „eigennützige Kooperation“ findet in diesem Zusammenhang keine Erwähnung. Der wichtigste Akteur in der brasilianischen „eigennützigen Kooperation“ ist die nationale Entwicklungsbank *Banco Nacional de Desenvolvimento Econômico e Social* (BNDES), die, bezogen auf die reale Kreditvergabe, im Jahre 2010 als die größte Entwicklungsbank der Welt galt. Die nationale Entwicklungsbank BNDES unterstützt Unternehmen aus Brasilien, die in Afrika expandieren wollen und vergibt in der Regel gebundene Kredite für Projekte, an denen nationale Konzerne mitwirken. Kaum jedoch werden Kredite an Unternehmen in den Zielländern vergeben, damit diese vor Ort entwicklungsfördernde Projekte realisieren können und so die Kompetenzen in der Ländern selbst aufgebaut werden. Vor allem die großzügigsten Spender im Wahlkampf 2014, die direkt von staatlichen Aufträgen abhängig sind, werden mit solchen Darlehen prämiert. Auch dies ein Hinweis darauf, wo die Prioritäten liegen. Mit Blick auf die aufstrebenden afrikanischen Ethanolindustrie und mit dem Ziel, brasilianische transnationale Gesellschaften in Afrika zu verankern, eröffnete die BNDES eine Kreditlinie für brasilianische Firmen in Ghana und Mosambik über 3,5 Milliarden US-Dollar. Da sich die brasilianischen Weltmarktführer der Bereiche Zucker und Soja sowie die Zulieferer für Düngemittel, Saatgut und Landmaschinen in Afrika langfristig etablieren wollen, geschieht das vor allem im Interesse der Agrarwirtschaft Brasiliens. Besonders Augenmerk gilt aber den Investitionen der brasilianischen Erdöl- und Bergbauindustrie. Führend dabei sind der staatlich kontrollierte Erdölkonzern *Petrobras* und das zweitgrößte Bergbauunternehmen der Welt, der Erzkonzern *Vale*. Letzterer baut zurzeit in der Provinz Tete in Mosambik Kohle in großem Ausmaß ab. Gleiches gilt auch für die Präsenz der brasilianischen Baukonzernen *Andrade Gutierrez*, *Odebrecht*, *Camargo Corrêa*, *Queiroz Galvão* und *OAS*, die u.a. Großaufträge in Kamerun, Angola, Mauretanien, Ruanda und Kongo erhielten. Dort sind sie hauptsächlich beim Bau von Schulen, Straßen und Krankenhäusern aktiv. Brasilianische Investor*innen sowie Entscheidungsträger*innen verkünden, dass mit der sogenannten Bereitstellung technischer Kompetenzen auch die afrikanische Wirtschaft nachhaltig von den Beziehungen zu Brasilien profitieren könne. Kritische Stimmen aus Afrika, unter anderem die Nationale Bauernvereinigung in Mosambik

(UNAC), bezweifeln die Seriosität des brasilianischen Engagements. Sie sehen vielmehr, wie das vermeintlich „solidarische Engagement“ Brasiliens trotz wohlwollender Bekundungen Entwicklung verhindert und allein den Gewinninteressen und dem wirtschaftlichen Aufstieg Brasiliens dient².

Solidaritätsdiskurs als bloße Rhetorik

Neben der finanziellen Zusammenarbeit nutzt Brasilien auch den Ausbau diplomatischer Beziehungen zu strategisch wichtigen afrikanischen Ländern in erster Linie, um eigene ökonomische Interessen zu verfolgen. Ein Beispiel in dieser Hinsicht ist der im Jahre 2013 gewährte Schuldenerlass in Höhe von 900 Millionen US-Dollar an zwölf afrikanische Länder. Dass die Streichung der Schulden die wichtigste bürokratische Voraussetzung zur Aufnahme neuer Kredite bei der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES ist, wird von den verantwortlichen Repräsentant*innen dreist verschwiegen. Brasiliens Engagement in Afrika wird als fester Bestandteil des globalen Anspruchs Brasiliens auf eine größere Rolle in der Weltpolitik betrachtet. Kritiker*innen aus den Oppositionslagern prangern jedoch diese kostspielige Afrikapolitik vehement an, da die Energie in private Gewinne der Unternehmen fließt, anstatt dass sich die gewidmete staatliche Förderung auf die sozioökonomische Entwicklung in Brasilien konzentriert.

Die massive Ausweitung der Präsenz eigener brasilianischer Baufirmen auf dem afrikanischen Kontinent und der indirekte Wettbewerb mit China und Indien um Aufträge führen im Endeffekt zu asymmetrischen und nicht solidarischen Beziehungen zwischen Brasilien und einigen afrikanischen Ländern. So forciert *Embrapa*, das brasilianische landwirtschaftliche Forschungsinstitut, das Projekt „*ProSavana*“. Dabei soll im Norden von Mosambik eine Fläche von 6 Millionen Hektar dem Agrobusiness überlassen werden. Bisher betreiben dort kleinbäuerliche Produzentinnen und Produzenten auf kommunalen Flächen Landwirtschaft. Zukünftig sollen agrarindustrielle Großbetriebe dafür sorgen, dass die Landwirtschaft durch die Produktion von Agrarrohstoffen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum des Landes beiträgt. Wegweisend für „*ProSavana*“ war das Projekt *Prodecer*, das in den 1970er und 80er Jahren im zentralbrasilianischen Cerrado mit Unterstützung von Japan durchgeführt wurde. Dieses Programm war federführend daran beteiligt, Brasilien zum größten Sojaex-

porteur weltweit zu machen. Bei *Embrapa* wird davon ausgegangen, dass die afrikanische Savanne mit dem brasilianischen Cerrado vergleichbar sei. Mosambik könne dort deshalb ebenso wie Brasilien in großem Stil Monokulturen für den Weltmarkt produzieren. Carlos Ernesto Augustin, Präsident der Vereinigung der Baumwollerzeuger von Mato Grosso, erklärte 2011 gegenüber der Tageszeitung *Folha de S. Paulo*: „Mosambik ist ein Mato Grosso in der Mitte von Afrika, mit freiem Land, ohne viele ökologische Hindernisse und mit dem Kostenvorteil bei einer Verschiffung nach China.“

Wie die gegenwärtige triste Realität im Cerrado zeigt, ist es höchst fraglich, ob das etablierte brasilianische „Erfolgsmodell“ exportwürdig und zukunftssträftig ist. Es basiert lediglich auf dem ungebremsen Wachstum der exportorientierten Agrarindustrie und der gnadenlosen Ausschöpfung der natürlichen Ressourcen, wobei Landnutzung und der Landbesitz in die Hände von Wenigen gelegt werden. Kritiker*innen können darin weder soziale noch ökologische Nachhaltigkeit entdecken. Entsprechend steht auch der Beweis aus, dass Brasiliens sogenanntes „solidarisches“ Engagement in Afrika in den betroffenen Ländern nachhaltige Perspektiven eröffnet. Und dennoch beteuert Brasilien ähnlich wie die anderen nördlichen Geberländer, nur das Beste zu wollen..

* Igor Birindiba Batista studiert Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sowie Geschichte (BA) an der Ruhr Universität Bochum, Mitarbeit in der *Brasilicum*-Redaktion.

- 1 http://www.irenkenya.com/downloads/articles/The_future_of_Africa.pdf
- 2 <http://www.unac.org.mz/index.php/artigos/nacional/94-campanha-nao-ao-prosavana-mocambicanos-pedem-solidariedade-regional>

Monte Azul – der Name dieser Favela begegnete mir oft in den vergangenen zwei Jahren. Einige *Forrózeiros* aus unserer Tanzgruppe sind in dieser Favela aufgewachsen und leben heute in Baden-Württemberg, wo sie als Theaterkünstler und Sozialarbeiter arbeiten.

Rezension: Die Brückenbauerin – Wie Ute Craemer die Favela Monte Azul verwandelte

von Fabian Kern*

Im vergangenen Jahr war Ute Craemer auf Lesereise in Deutschland, um das Buch und ihr Projekt vorzustellen. Leider fand ihre Lesung in Freiburg gerade zu dem Zeitpunkt statt, als wir beim Runden Tisch Brasilien über Postwachstum in Brasilien und Deutschland diskutierten. Damit hatte ich wieder die Chance verpasst, meine Neugierde über dieses Projekt zu stillen.

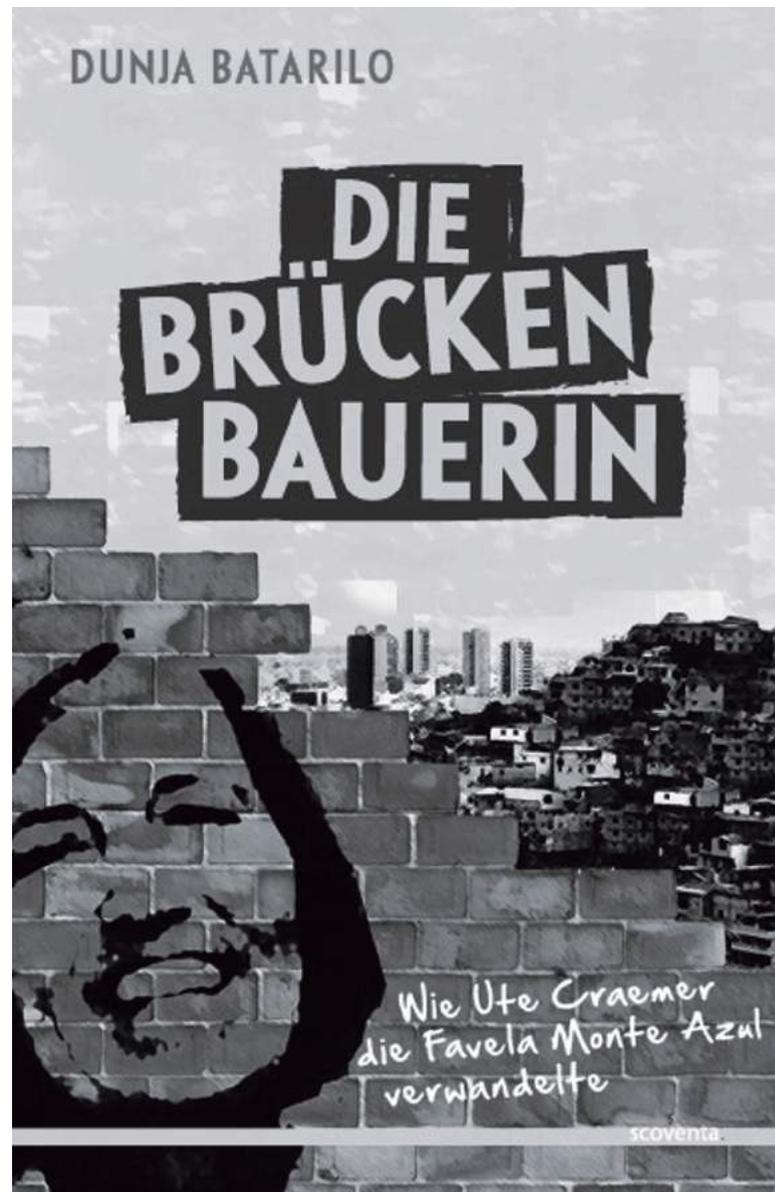
Mitte Januar hielt ich dann endlich das Buch „*Die Brückenbauerin*“ von Dunja Batarilo in den Händen. Die Autorin verbrachte im Frühjahr 2010 selbst einige Monate als Freiwillige in Monte Azul. Sie war derart beeindruckt von dem Projekt *Monte Azul*, dass sie mehr über dessen Entstehung wissen wollte. Dabei wurde ihr schnell klar, dass die Entwicklung des Projekts sehr stark mit der Person Ute Craemer verbunden ist. Deshalb suchte sie nach einem Buch über das Leben von Ute Craemer und musste feststellen, dass es keine Biografie gab und diese auch von Ute Craemer nicht in absehbarer Zeit verfasst werden würde. Damals begann ein mehrjähriger Prozess, dessen Resultat ich also nun in den Händen halte und für euch rezensieren darf.

Das Buch zeichnet die Geschichte der *Favela Monte Azul* vom Ende der siebziger Jahre bis heute nach. In dieser Zeit entwickelte sich das Viertel von einer informellen Siedlung aus Bretterbuden hin zu einem angesehenen Stadtteil mit langfristigem Pachtverhältnis, Kanalisation, Elektrizität und Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Anstatt aber die Geschichte stringent chronologisch aufzuarbeiten, entschied sich die Autorin im Sinne der Nachvollziehbarkeit der Geschichten, die Dramaturgie über die zeitliche Abfolge zu stellen. Das

bringt zwar einige Sprünge mit sich, ist aber durchaus gelungen.

Das Buch ist eine Art *Melange* einer Biografie Ute Craemers und der Entstehungsgeschichte des Projekts *Monte Azul*. Anhand verschiedener Themenkomplexe wie Bildung, Gewalt oder Infrastruktur, steigt der Leser bzw. die Leserin die engen matschigen Pfade der *Favela Monte Azul* hinauf, um einige Jahre später denselben Weg auf festem Betonuntergrund wieder hinunter zu gehen. Erklärt werden nicht nur die einzelnen Projekte wie Kindergärten, Schreinerwerkstatt, Musikschule oder Kulturzentrum, sondern auch die Organisationsweise der *Associação Monte Azul*, die sich von einer informellen, kleinen Gruppe zu einer Organisation

Titelbild "Die Brückenbauerin"
von Anja Fuchs www.anjafuchs.com



gewandelt hat, die heute 250 Mitarbeiter*innen beschäftigt und mit ihren Angeboten ca. 30.000 Menschen erreicht. Längst hat sich das Projekt über die Grenzen der Favela Monte Azul in andere Stadtteile São Paulos ausgedehnt.

Eines der letzten Kapitel ist ein Interview mit Ute Craemer. In dem ihr langsamer Rückzug aus dem Tagesgeschäft der *Associação Comunitária Monte Azul* und ihre Fokussierung auf das *World Social Forum* in Dornach, Schweiz und die *Aliança pela Infância* in Brasilien diskutiert werden.

Unterbrochen werden die Erzählungen immer wieder durch kleinere Exkurse zu bestimmten Begriffen, die dem Leser bzw. der Leserin wertvolle Hintergrundinformationen über Begriffe wie Resilienz, Sklaverei in Brasilien oder Anthroposophie mit auf den Weg geben. Ein etwas ausführlicher Exkurs widmet sich dem Thema Entwicklungszusammenarbeit und trägt den Untertitel „zwischen Idealismus und Machtpolitik“. Auf vier Seiten werden die verschiedenen Entwicklungsparadigmen von der Truman Erklärung zur NATO-Gründung 1949 bis zur Post-Entwicklungsdebatte heute skizziert. Abschließend stellt die Autorin fest, dass vor allem die Programme erfolgreich waren, die von den betroffenen Ländern selbst entwickelt und finanziert wurden. Als Beispiel wird die *Bolsa Família* in Brasilien angeführt.

Die wirtschaftliche und weltpolitische Entwicklung Brasiliens macht es für Projekte wie *Monte Azul* immer schwerer, potentielle Geldgeber zu gewinnen. Aus einer europäischen Perspektive betrachtet gibt es weitaus bedürftigere Länder als Brasilien. Dies mag in absoluten Zahlen eine durchaus legitime Sichtweise sein – lässt allerdings die extremen Einkommensunterschiede innerhalb der brasilianischen Gesellschaft außer Acht. Auch wenn das Brutto sozialprodukt seit der Jahrtausendwende stark angestiegen ist und die Zahl der Hungernden stark abgenommen hat, gibt es weiterhin grassierende Armut sowohl im ländlichen Raum als auch in der urbanen Peripherie.

Es ist keineswegs so, dass die *Associação Comunitária Monte Azul* komplett von internationalen Geldgeber*innen abhängig ist. Sie finanziert beispielsweise 90 % der pädagogischen Arbeit mit öffentlichen Geldern. Diese Finanzierung bringt aber einen riesigen bürokratischen Aufwand mit sich, der das organische und lebendige Miteinander zu ersticken droht. Wo der Staat bezahlt, macht er auch Vorgaben. Gerade deshalb sind die frei verwendbaren Gelder internationaler

Spender*innen mehr wert als der Betrag in Reais.

Auf den letzten Seiten des Buches kommt Anette Massmann von der Zukunftsstiftung Entwicklung mit folgendem Satz zu Wort: „Es geht darum, Leuchttürme zu fördern, von denen Strahlkraft ausgeht. Unabhängig von der finanziellen Situation des jeweiligen Landes.“ Einer dieser Leuchttürme ist sicherlich das Projekt *Monte Azul* – bleibt die Hoffnung, dass die neue Generation das Projekt auch ohne die Gründer*innen weiterhin auf Kurs hält.

Die Auseinandersetzung mit dem Projekt Monte Azul ist sicherlich ein gewinnbringender Prozess für jeden in der Entwicklungszusammenarbeit involvierten Menschen. Das Buch gibt zahlreiche Denkanstöße für den Umgang mit Projektpartner*innen, die horizontale Organisationsweise von Projekten und Lösungsansätze für Finanzierungsfragen sowie interne Konfliktlösungsstrategien..

* Fabian Kern ist Radiojournalist, Gründungsmitglied der GartenCoop Freiburg und arbeitet seit August 2014 bei KoBra e.V. in der Geschäftsstelle.

- Batarilo, Dunja: Die Brückenbauerin. Wie Ute Craemer die Favela Monte Azul verwandelte. 2014. ISBN: 978-3-942073-28-8.

Interessantes und weiterführendes Material

- **„Mit kolonialen Grüßen**

... Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassistisch betrachtet“ ist eine Broschüre von global e.V.

Sie führt in Themen wie Kolonialismus und Rassismus ein und beschäftigt sich mit Fragen der eigenen gesellschaftlichen Positionierung. Die Broschüre bietet einen Einstieg für Menschen, die sich Gedanken darüber machen wollen, inwiefern ihre Wahrnehmungen und Berichte über den Globalen Süden in rassistische und koloniale Strukturen verwickelt sind.

<http://www.global.org/?edmc=980>

- **Bildung für nachhaltige Ungleichheit?**

Eine postkoloniale Analyse von Materialien der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland

<http://www.global.org/publikationen/bildung-fuer-nachhaltige-ungleichheit/>

- **„Beyond Aid – Von Wohltätigkeit zu Solidarität“**

Die Zweite Frankfurter Hilfe-Konferenz widmete sich 2014 der Frage, welche Formen der Solidarität, der Kooperation und der Unterstützung in einer globalisierten Welt nachhaltige Veränderungen bewirken können und wie die Praxis und Institutionen der Hilfe verändert werden müssen. Eine ausführliche Dokumentation der Konferenz inklusive Video- und Audiodateien befindet sich auf der Internetseite von medico international.

<http://www.medico.de/themen/aktion/konferenzen/dokumente/beyond-aid/4553/>

- **Develop-mental Turn / „Von Trommlern und Helfern“**

Die Broschüre wird vom Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER) herausgegeben. Sie bietet Beiträge zu einer nicht-rassistischen entwicklungspolitischen Bildungs- und Projektarbeit und nimmt in erster Linie die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen in den Blick. Weitere Broschüren des BER wie z.B. „Wer ändert einen Brunnen gräbt...“ behandeln ähnliche Themengebiete.

<http://ber-ev.de/bestellungen/broschuere-develop-mental-turn>

- Initiativen wie **freiburg-postkolonial.de** existieren in vielen Städten. Durch sie sollen die koloniale Verwicklung, hier am Beispiel Freiburgs, aufgearbeitet werden und es soll gezeigt werden, dass koloniales Denken und Handeln in Freiburg verankert ist. Die Internetseite steht als Informations- und Vernetzungsplattform im Zentrum der Initiative. Außerdem organisiert sie Veranstaltungen zu Aspekten des deutschen Kolonialismus und bietet auf Anfrage kolonialgeschichtliche Stadtrundgänge an.

<http://freiburg-postkolonial.de>

- **Film: 'white charity'**

ist eine exemplarische Auseinandersetzung mit Rassismus in Bildern, die weit über den entwicklungspolitischen Horizont von Bedeutung ist und unterstützt einen schärferen Analyseblick auf Bilder in kommerzieller Werbung, Print und TV.

<http://www.whitecharity.de>

- **Fernsicht**

die Werkstatt für nord-südpolitische Bildung im iz3w (informationszentrum 3. welt) bietet Projekttag für Jugendliche und Workshops für Erwachsene zur globalen, antirassistischen Menschenrechtsbildung.

<http://www.fernsicht-bildung.org>



„Hoch die internationale ... Über die Notwendigkeit, Solidarität neu zu denken“

Einladung zur Frühjahrstagung vom 17.-19.04.2015

Als Netzwerk der Brasilien-solidarität verbindet KoBra Menschen die einen Beitrag leisten, um soziale Ungleichheiten und zerstörerische Aneignungen der Natur zu bekämpfen. Wir wollen solidarisch handeln und unsere Verbundenheit mit den Menschen in Brasilien aktiv ausdrücken. Einige unterstützen oder begleiten Projekte vor Ort. Viele freuen sich, wenn Partner*innen aus Brasilien zu Besuch kommen oder wenn wir vor Ort Erfahrungen sammeln und uns austauschen können.

Sowohl die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die Strukturen der internationalen Zusammenarbeit als auch die theoretischen Auseinandersetzungen haben sich in den letzten Dekaden stark verändert. Aus klassischen „3.-Welt-Gruppen“ wurden Eine-Welt-Netzwerke, aus der Entwicklungshilfe wurde eine Entwicklungszusammenarbeit. Was all diese Änderungen bisher überdauert hat, ist Begriff der Solidarität. Solidarität erscheint nach wie vor als letzter gesicherter Fels in der Brandung (post)moderner Veränderungen, auf dem wir unsere Zusammenarbeit mit unseren Partner*innen in Brasilien aufbauen können.

Ist es vor diesem Hintergrund dann überhaupt sinnvoll, auch noch dieses Konzept in Frage zu stellen? Gab es darüber nicht schon genügend Diskussionen in den letzten Jahren und haben wir eine naive 3.-Welt-Solidarität nicht schon längst überwunden?

Gerade aufgrund der Zentralität des Solidaritäts-Begriffes halten wir es nicht nur für sinnvoll, sondern auch für notwendig und bereichernd, ihn wieder neu zu diskutieren und auf den Prüfstand zu stellen. Dabei sollen aktuelle theoretische Konzepte wie Post-Development und postkoloniale Theorien ebenso in die Überlegungen mit einfließen, wie unsere eigenen Reflexionen und Erfahrungen.

Jedoch soll es nicht darum gehen, nach einer guten oder schlechten, einer richtigen oder falschen Solidarität zu suchen. Vielmehr möchten wir die Mechanismen und Fallstricke in den Blick nehmen, die – ob wir es wollen oder nicht – mit internationalistischer Zusammenarbeit verbunden sind.

Wir freuen uns auf einen spannenden Austausch mit euch!



solidariedade